

Wöchentlich 80 Bl. monatlich 3,00 M. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, „Kulturtheater“, „Sport und Spiel“ und „Kinderfreund“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Mittwoch 26. März 1930 Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konzentration ...

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Polizeifunkto: Berlin 87536. - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. D. S. u. D. G. - Tel. - Ges. - Telephonkassa Lindenstr. 3.

Nächtliche Verhandlungen.

Noch immer starke Meinungsverschiedenheiten.

Die Verhandlungen der Parteilöhner über die Finanzreform beim Reichskanzler waren um Mitternacht noch in vollem Gange.

Nach alledem scheint es, daß die eigentliche Entscheidung nicht bei den Beratungen der Parteilöhner und der Fraktionen, sondern erst bei der Beratung der Regierungsvorlagen im Plenum des Reichstags fallen wird.

Die Nachmittagsbesprechungen.

Am Dienstag begannen unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Moßbauer Besprechungen der Regierungsparteien über die Finanzfragen.

Die Verhandlungen wurden eingeleitet mit der Erörterung des nachstehenden Vorschlags über die Arbeitslosenversicherung.

Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wird nach Maßgabe der folgenden Richtlinien geändert:

1. Kann der Bedarf der Reichsanstalt aus den Beiträgen und aus dem Rückhalt nicht völlig gedeckt werden, obwohl der Beitrag rechtzeitig einheitlich für das Reichsgebiet festgesetzt ist, so gewährt das Reich Zuschüsse, deren Höhe alljährlich im Reichshaushalt festgesetzt wird.

2. Der Reichszuschuß für das Rechnungsjahr 1930 beträgt 150 Millionen Mark.

3. Um den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben der Reichsanstalt herbeizuführen, hat der Vorstand der Reichsanstalt die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Er kann dabei auch von den Vorschriften des Gesetzes abweichen, darf jedoch eine allgemeine Herabsetzung oder Ver-

längerung der Leistungen nicht vornehmen. Inwieweit diese Maßnahmen nicht ausreichen, um den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben herbeizuführen, kann der Vorstand die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung erhöhen.

4. Zu einem solchen Beschluß des Vorstands ist die Mehrheit der Stimmen der Vertreter sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer erforderlich, die dem Vorstand angehören. Die Vertreter der öffentlichen Körperschaften wirken bei der Beschlußfassung nicht mit.

5. Befiehlt der Vorstand innerhalb einer Frist, die die Reichsregierung bestimmt, die notwendigen Maßnahmen oder Beitragserhöhungen nicht, so hat die Reichsregierung an Stelle des Vorstandes darüber Beschluß zu fassen.

Von den Vertretern der Sozialdemokratie wurde dieser Vorschlag abgelehnt. Sie erklärten, sie müßten in ihm einen alten Antrag der Deutschen Volkspartei erblicken, der bereits in früheren Verhandlungen von der Sozialdemokratie als unmöglich bezeichnet worden sei. Er beschränke die Darlehenspflicht des Reiches für die Arbeitslosenversicherung und bezwecke bei ungenügenden Einnahmen der Versicherung den Abbau der Leistungen. Die Sozialdemokratie betrachte die Vorlage der Reichsregierung vom 5. März zur Arbeitslosenversicherung, der der Reichsrat inzwischen zugestimmt habe, als eine geeignete Grundlage für die Verständigung der Parteien. Dieser Vorschlag sieht neben einem festen Reichszuschuß für 1930 in Höhe von insgesamt 200 Millionen (150 Millionen aus dem Verkauf von Reichsbahnvorzugsaktien und 50 Millionen aus der Industriebelastung) erhöhte Beitragseinnahmen bis zu 4 Proz. vor, durch die der Etat der Reichsanstalt in der Höhe von 1929 gesichert ist.

Nachmittags besaßen sich die Unterhändler der Regierungsparteien mit der Ausgabenbeschränkung und der Steuerentlastung. Auch hier bestehen zwischen den Regierungsparteien, besonders der Sozialdemokratie und der Deutschen Volkspartei, sehr weitgehende Meinungsverschiedenheiten, deren Überbrückung nicht leicht ist, weil die Deutsche Volkspartei auf der Festlegung von umfangreichen Steuerentlastungen bereits in diesem Augenblick durch Spezialgesetze besteht.

Die neuen Männer.

Oberpräsidenten und Reichspräsidenten.

Der „Amstliche Preussische Pressedienst“ teilt mit:

Das preussische Staatsministerium hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, zum Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau den Beigeordneten der Stadt Köln, Haas, AdC., zum Oberpräsidenten der Provinz Pommern den Regierungspräsidenten von Halpern-Stettin, ferner zum Regierungspräsidenten in Stettin den Ministerialrat im preussischen Ministerium des Innern Hans Simons und zum Regierungspräsidenten in Frankfurt a. d. O. den Vizepräsidenten der Regierung Gumbinnen, Dr. Fihner, zu ernennen.

Für das freigewordene Oberpräsidium der Provinz Sachsen hat das Staatsministerium den Ministerialdirektor Dr. Falk, Präsident des Bundesamtes für das Heimatschutz, in Aussicht genommen. An Stelle des im Laufe der nächsten Monate wegen Erreichung der Altersgrenze ausscheidenden Regierungspräsidenten Pohlmann in Magdeburg ist in Aussicht genommen, den Oberbürgermeister Weber-Halberstadt zum Regierungspräsidenten zu ernennen.

Der Minister des Innern ist vom Staatsministerium ermächtigt worden, zur Durchführung der oben angeführten Beschlüsse sich mit den Provinzialauschüssen der betreffenden Provinzen in Verbindung zu setzen, um das erforderliche Einvernehmen herbeizuführen.

Das preussische Staatsministerium beschloß am Dienstag, wie der „Soz. Pressedienst“ erzählt, die rechtsstehenden Landräte Klein-Beer, Rosberg-Bellinghofel und Freiherr von Hammerstein-Serjen, die zugleich Abgeordnete des Provinziallandtages der Provinz Hannover sind, aus politischen Gründen ihrer Ämter zu entheben.

Die preussische Staatsregierung hat am Dienstag weiterhin beschlossen, den sozialdemokratischen Abgeordneten des Preussischen Landtags Werner Salinger zum Ministerialdirektor im Wahlrechtsministerium zu ernennen. Die Ernennung ist auf einen Vorschlag des Wahlrechtsministers Hirtfelder zurückzuführen.

Pilsudskisten gegen Parlament.

Krach und Handtaumel im Sejmenschuß.

Warschau, 25. März. (Eigenbericht.)

Die Abgeordneten der Regierungsparteien versuchten am Dienstag die Sitzung der Budgetkommission des Sejm durch wilden Lärm und Gewalt zu sprengen. So bemühten sie sich, den Kommissionsvorsitzenden von seinem Stuhl zu werfen und dem Referenten seine Papiere zu entreißen. Eine Tafel, mit deren Hilfe man trotz dem Gebrüll eine Abstimmung durchführen wollte, warfen die Ruhestörer aus dem Saal. Trotzdem mißlang der Angriff der Regierungsparteien, da der Vorsitzende eine kurze Ruhepause benutzte, um die Anträge als angenommen zu erklären und die Sitzung zu schließen. Diese Anträge halten Streichungen am Dispositionsfonds entgegen dem Senat aufrecht.

Pilsudski stellt Bedingungen - Szymanski verzichtet

Warschau, 25. März. (Eigenbericht.)

Senatsmarschall Szymanski hat Pilsudski die Liste seines Kabinetts unterbreitet. Pilsudski stellte folgende Bedingungen für seine Beteiligung:

- 1. Der Sejm darf sich nicht in die Personalfragen der Regierung einmischen.
2. Der Sejm darf sich nicht in die Frage der Durchführung des gegenwärtigen Budgets einmischen.
3. Der Sejm zieht den Artikel des Finanzgesetzes zurück, der die Verantwortlichkeit der Regierungsmitglieder für Haushaltsüberschreitungen vorsieht.
4. Im Laufe der nächsten sechs Monate wird die Regierung ohne Parlament regieren.

Daraufhin hat am späten Abend Szymanski auf die Kabinettbildung verzichtet.

Theaterpreispolitik.

Der Vertrag zwischen Reibaro und Staatsbühnen. Von Max Hochdorf.

An die Deffenlichkeit gelangte die Nachricht, daß die Reibaro, das heißt, die aus den Theaterdirektoren Max Reinhardt, Barnowsky und Robert gebildete Gemeinschaft, mit den sämtlichen Berliner Staatstheatern, vertreten durch den Generalintendanten Tiejn, einen Interessentenvertrag abschließen wird. Man beabsichtigt, das Abonnentensystem, das die Reibaro seit einigen Jahren mit starkem wirtschaftlichem Erfolg ausbaute und ausdeutete, auch auf die Staatstheater, also auf das Schauspielhaus am Gendarmenmarkt, die Lindenoper usw. auszudehnen. Die Unterzeichnung des Vertrages verzögert sich nur um einige Tage, weil Tiejn augenblicklich von einem Malariaanfall heimgesucht und vorübergehend arbeitsunfähig ist.

Das Projekt einer solchen Gemeinschaft wurde schon seit langem in den beteiligten Kreisen erörtert. Es ging zunächst von Direktor Artur Zickel, dem erfahrenen Organisator der Theaterwerbung, die Idee aus, daß dieses von den Volkstheatervereinen erfundene und erprobte Abonnentensystem zur Grundlage eines Pakts zwischen allen Berliner Theaterdirektoren gemacht werde. Keiner sollte benachteiligt werden, keiner sollte zurückstehen. Das Gemeinsame sollte die Verwirklichung des Planes sein, die, trotz aller Wirtschaftskrisen in der fünf Millionenhauptstadt immer noch vorhandenen und zu einem Kunststopfer bereiten Theaterfreunde restlos zu erfassen, wie der kaufmännische Propagandist sagt.

Die Idee ist gesund, sie birgt nur die Gefahr in sich, daß die zu ersaffenden Bürgerelemente nach Geschmack und auch nach Finanzkraft allzu verschieden sind. Es läßt sich nicht gut rechtfertigen, daß den Nutznießern eines solchen Abonnentensystems zugemutet wird, ihr Interesse mit gleicher Inbrunst und Zahlungswilligkeit auf die Lindenoper und auf irgendein nur vegetierendes Theater im Osten der Stadt auszudehnen. Daher wurde auch die Zickelsche Generalidee nur teilweise realisiert, indem Reibaro und Staatstheater sich näherten.

Nun sind die Verhältnisse in der Reibaro sehr kompliziert. Dem Deutschen Theater und den Kammerspielen in der Schumannstraße wurde von den Behörden die Gemeinnützigkeit zuerkannt. Max Reinhardt braucht für diese Theater nicht die hohen Lustbarkeitssteuern zu zahlen, die für die übrigen Privatbühnen, also auch für die am Kurfürstendamm gelegene Komödie Reinhardts, obligatorisch sind. Demnach liegen die Dinge so, daß Reinhardt mit zwei seiner Bühnen den Staatstheatern gleichgestellt ist. Kommt der projektierte Vertrag zustande, so erwächst den übrigen Kunstintituten unbestreitbar eine schwer zu bekämpfende Konkurrenz. Man hört denn auch, daß Direktor Barnowsky, eines der Reibaro-Mitglieder, entschlossen ist, sich mit allen Kräften gegen die Abmachungen seines Kollegen Reinhardt zu wehren. Das dritte Mitglied, Direktor Robert, dürfte zu einer Bekundung seines Protestes nicht mehr gelangen. Denn die Reibaro hat ihm schon den laufenden Vertrag gekündigt, und er schaltet überhaupt aus.

Der Protest der Berliner Direktoren ist verständlich, wenn man bedenkt, daß Reinhardt sich gegenüber den Steuerbehörden eines Privilegers erfreut, das seine Kollegen mit Reibaro erfüllen muß. Aus Respekt vor der künstlerischen Autorität Reinhardts schwiegen sie bisher. Ihr Schweigen war geradezu ein Finanzopfer, dargebracht dem Angeesehensten ihrer Berufsgenossen. Doch wer das Berliner Theaterleben beobachtet, weiß, daß zum mindesten die Kammerspiele in der letzten Zeit solche Rücksicht kaum verdienten. Besonders in dieser Saison war der Spielplan der Kammerspiele angreifbar, er unterschied sich wenigstens in nichts von dem der übrigen ästhetisch hochstehenden Geschäftstheater. Reinhardt hat auch im Deutschen Theater den Erfolg seiner blendenden „Fledermaus“-Inszenierung an zweihundert Abenden etwas weidlich ausgeschlachtet. Er konnte gewiß darauf verweisen, daß er eine klassische Operette zu neuer Unsterblichkeit brachte. Wie wird es aber sein, wenn nächsten an einer anderen großen Berliner Bühne der „Verteilstudent“, ebenfalls ein als klassisch geltendes Meisterwerk der Operette, herauskommt? Die Steuerbehörden werden dann selbstverständlich nicht auf ihre Ansprüche verzichten.

Die der kommenden Gemeinschaft Reinhardt-Staatstheater folgenden Abonnenten werden ihre Plätze zu ermäßigten Preisen erhalten. Das heißt: wer sich zum Besuch einer bestimmten Anzahl von Vorstellungen verpflichtet, kauft sein Vergnügen billiger als die übrigen Berliner. Auch dagegen läßt sich nichts einwenden. Der Massenkonsumant hat ein

natürliches Recht, dem kleinen Gelegenheitskunden vorgezogen zu werden. Wir möchten aber empfehlen, daß bei dieser Gelegenheit eine Revision der an den Berliner Theatern üblichen Preispolitik erörtert wird. Das wurde immer wieder verlangt und immer wieder vernachlässigt. Theater zu fünfzig oder gar zu dreißig Prozent bei hohen Preisen gefüllt, bringen aber nicht mehr ein als Häuser, die nur einen mäßigen Eintrittspreis fordern und dafür vollständig gefüllt werden. Es scheint, daß die Zwickel-Idee, das Abonnentensystem auf eine möglichst hohe Zahl ästhetisch gleich qualifizierter Theater auszuweiten, das beste unter all den augenblicklich diskutierten Projekten ist. Die Idee könnte besonders in den Dienst des absolut notwendigen Preisabbaus gestellt werden. Können die ernst zu nehmenden Theater, zu denen natürlich auch die verantwortungsvoll geleiteten Unterhaltungs-theater gerechnet werden sollen, ihr schwankendes Budget durch die Einkünfte festigen, die ihnen ihre Abonnenten garantieren, dann darf die jedem Theaterbetrieb so gefährliche Zufallswirtschaft aufhören und der Preisabbau beginnen.

Alles, was heute zur Sanierung einer notleidenden Theaterwirtschaft unternommen wird, trägt irgendwie provisorischen und experimentellen Charakter. Es geht den klugen Theatermännern nicht anders als den übrigen Wirtschaftsführern. Sie hoffen auf guten Erfolg, doch sie wagen es kaum, absolute Garantien für das Gelingen ihrer Versuche zu geben. So darf auch die Loyalität der Interessengemeinschaft Reinhardt-Staats-theater nicht überschätzt werden. Man muß abwarten. Zusammengespannt werden ein privates und ein staatliches Unternehmen. Reinhardt zielt mit allen seinen Vorstellungen auf das einträgliche Serienstück, auf Sondervergünstigungen der gehobenen Bürgerklasse, die Staats-theater dürfen das Allgemeininteresse der ästhetischen Volkserziehung nicht aufgeben.

Jetzt muß sich erweisen, ob die erhofften Mehreinnahmen, die in die Privatkasse Reinhardts und in die Kasse der Staats-theater fließen sollen, dem Staat und dem steuerzahlenden Kunstfreund Erleichterung bringen werden. Denn schließlich hat sich Max Reinhardt in den 25 Jahren seiner direktorialen Tätigkeit besser durchgebracht als die letzten Intendanten und Generalintendanten unserer Staats-theater.

Diktatur-Zwiesgespräch im Radio.

Löbe und Freytag-Loringhoben.

Mit einem interessanten Zwiesgespräch wartete gestern Abend die Deutsche Welle ihren Hörern auf. Ueber das Thema „Diktatur oder Parlamentarismus?“ unterhielten sich vor dem Mikrophon Reichstagspräsident Löbe und der deutsch-nationale Reichstags-Abgeordnete v. Freytag-Loringhoben. Die Gesprächspartner ohne jedes Zeichen von Erregung fast dreiviertel Stunden über das Problem. Löbe griff die Erörterungen der Reichs- und der Diktatur auf, um gleich eingangs zu erklären, daß er in der Diktatur eine Milderung der sozialbürgerlichen Rechte und eine Degradierung des Bürgers sehe. Freytag-Loringhoben bezeichnete als größte Schwäche des geltenden Systems das Fehlen der Trennung der Gewalten. Was es es schlagend nach, daß auch unter der Monarchie diese Trennung de facto nie bestanden hat, kann weder Reichstag noch Bundesrat konnten Gesetze gegen den Willen des Kaisers machen.

Dem Einwurf, der Parlamentarismus schaffe die Führerauswahl aus, hielt Löbe entgegen, daß die Demokratie die Führer aus der breiten Masse des ganzen Volkes herausucht.

Diese Auswahl aber sei zuverlässiger als die Suche eines Monarchen. Freytag-Loringhoben behauptete, das parlamentarische System habe in schwierigen Zeiten verlagert und habe sich durch Ermächtigungsgesetze und dergleichen, die nichts bedeuteten als eine verdeckte Diktatur, selbst ausgeschaltet. Löbe bezeichnete dieses Zurückweichen auf verfassungsmäßig vorgesehene Rechte als Beweis für die Elastizität des Systems. Es handele sich hier nur um ein Übergangsstadium, nicht um ein Prinzip. Im übrigen sage er als Sozialdemokrat noch, daß eine Diktatur nach Marx nicht absolut zu verneinen sei. Es dürfe aber nicht übersehen werden, daß sie nur der Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände dienen dürfe. Auch Freytag-Loringhoben bekannte sich in diesem Zusammenhang als Anhänger einer nur vorübergehenden Diktatur, allerdings mit dem Ziel auf Herstellung einer konstitutionellen Monarchie.

Dem Argument Löbes, daß es den Minderheiten nur gut gehe in Ländern mit demokratischer Verfassung (wobei er Polen und Italien als Länder mit verschleierter oder offener Diktatur selbstverständlich ausnahm), hatte sein Gesprächspartner nichts Schlagkräftigeres entgegenzusetzen. Freytag-Loringhoben glaubte, abschließend sagen zu müssen, daß in der Zwiesgespräch keine der anderen überzeugt habe. Das gleiche dürfe man wohl auch für die Hörer annehmen. Was Löbe mit der skeptischen Frage: „Reinen Sie?“ quittierte.

Angültige Wahl in Solingen.

Der nichtbestätigte Kommunist wird erwählt.

Solingen, 25. März. (Eigenbericht.)

In der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung stand auf der Tagesordnung die Wahl des Oberbürgermeisters auf der Tagesordnung. Dabei wurde wieder der Kommunist Weber mit 26 gegen 21 Stimmen gewählt. Auch bei dieser zweiten Wahl stimmten die sozialdemokratischen Stadtverordneten für den Kommunisten, weil die bürgerlichen Parteien jede Verständigung über die Wahl eines Sozialdemokraten zum Oberbürgermeister unmöglich machten. Da Weber zweifellos auch jetzt nicht bestätigt wird, so muß nunmehr nach der rheinischen Städteordnung die preussische Staatsregierung einen Oberbürgermeister für Solingen ernennen.

Nazis überfallen Parteilokal.

Am Dienstag Abend waren in dem Lokal von Sommerering in Tempelhofer Straße, Funktionäre unserer Partei mit Vertretern des Reichsbanners zusammen, um über gemeinsame Fragen zu beraten. Plötzlich zog ein großer Trupp Nationalsozialisten vor dem Lokal auf und eröffnete ein Schießkommando auf die Fenstergehänge, die diesem Ansturm geistiger Waffen nicht widerstehen konnten.

Inferre Genossen stürmten auf die Straße, und es gelang ihnen, drei von den Kaufholden festzuhalten und der Polizei zu übergeben.

Reichsbahn gegen Reichsregierung

Tariferhöhung soll durch Wirtschaftsdruk erzwungen werden.

Da die Reichsregierung sich bisher den Tariferhöhungsanträgen der Reichsbahn verweigert hat, mußte man den Entschlüssen des gestern und vorgestern tagenden Verwaltungsrats der Reichsbahn mit besonderem Interesse entgegensehen. Das Ergebnis sind Beschlüsse, deren wirtschaftlicher Professionscharakter auf der Hand liegt. Die entscheidenden Stellen der Reichsbahnmittelung, die wie eine Kampfanstalt gegen die Reichsregierung ammutet, lauten:

„Die immer noch fehlende, seit Sommer 1929 erstrebte finanzielle Entlastung zeigt die Reichsbahnverwaltung nicht instand, für Unterhaltung und Erneuerung in dem erforderlichen Umfang zu sorgen. Auch der am 8. Februar gestellte Antrag der Reichsbahn auf eine Erhöhung der Tarife ist bisher von der Reichsregierung nicht entschieden worden.“

Durch die schlechte Verkehrsentwicklung des Jahres 1930 ist die finanzielle Lage der Reichsbahn immer schwieriger geworden. Bis zum 23. März blieben die Einnahmen um über 90 Millionen Mark gegen die an sich schon niedrigen entsprechenden Einnahmen des Vorjahres zurück.

Der Verwaltungsrat gab in Anbetracht dieser Lage im Interesse einer weiteren gesunden Wirtschaftsführung der Reichsbahn seine Zustimmung zu einem sofort durchzuführenden Einschränkungsprogramm, trotz schwerer Bedenken wegen der Auswirkung auf die allgemeine Wirtschaft. Durch Herabsetzung der Löhne des Personals, Entlassung von Arbeitern und durch Unterlassung nötiger Arbeiten an Bauten und Fahrzeugen müssen solange weitere entsprechende Einsparungen vorgenommen werden, bis die Betriebseinnahmen wieder die notwendige Höhe erreicht haben. Die Mittel, die der Reichsbahn durch den Anschluß des Reiches an die Mobilisierungsanleihe zuzuführen sollen, können nicht für Ausgaben des laufenden Betriebes verwendet werden und entscheiden die Verwaltung nicht von der Verpflichtung, für den Ausgleich der Betriebsrechnung durch Erhöhung der Einnahmen Sorge zu tragen.

Der Verwaltungsrat der Reichsbahn sieht also schwerwiegendste Arbeits- und Ausfuhrbeschränkungen vor, weil nach der Ueberzeugung Dornmüllers und des Verwaltungsrats die Einnahmen augenblicklich nicht ausreichen, um den Voranschlag für 1930 durchführen zu können. Das geschieht in einer Zeit erster Konjunkturerückbildung und in einem Augenblick, wo sich die ersten Anzeichen einer Besserung der Wirtschaftslage bemerkbar machen.

Es ist kein guter Geist, von dem die Reichsbahngesellschaft sich leiten läßt. Gegen eine Tariferhöhung im jetzigen Augenblick hat sich mit ernstesten Bedenken die gesamte Wirtschaft gewendet. Die Reichsregierung handelt richtig, wenn sie diese Bedenken teilt. Wir halten es für durchaus abwegig, wenn die Reichsbahn es strikt ablehnt, die kommende Anleihe, wie es heißt, auch für sogenannte laufende Ausgaben zu verwenden. Zu diesen „laufenden“ Ausgaben gehören jährlich Hunderte von Millionen, bei denen der Charakter als Betriebs- oder Anlagekosten mindestens zweifelhaft ist. Selbstverständlich waren in einer Zeit scharf rückgängiger Konjunktur und einer auch aus innen- und außenpolitischen Gründen verschärften Depression die Reichsbahneinnahmen rückgängig. Die eingetretene politische Konsolidierung, das wachsende Vertrauen im In- und Ausland lassen aber auch ebenso eine baldige Besserung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse erwarten. In einem solchen Augenblick ist es für die Reichsbahn vernünftig und geboten, selbst unter darlehensweisen Vorgriff auf die kommende Reichsbahnleihe den Uebergang zu besseren Wirtschaftszeiten zu erleichtern und zu fördern. Darüber hinaus hat die Reichsbahn noch Reserven, die ohne Gefahr teilweise benützt werden könnten.

Das Vorgehen der Reichsbahn ist nicht geeignet, besonderes Vertrauen in ihre Führung zu erwecken. Die Reichsregierung darf sich durch die hier verübte Pression nicht von dem Wege abbringen lassen, das äußerste zu tun, um jetzt eine Tariferhöhung zu vermeiden und auch die Reichsbahn als einen Faktor für, nicht gegen die Besserung der Wirtschaftslage wirksam werden zu lassen.

Sozialdemokratie und Agrarzölle.

Erklärung in der dritten Lesung.

Der Reichstag vernahm zu Beginn der Dienstagssitzung, daß der Haushaltsplan für 1930 eingegangen ist sowie Auslieferungsanträge gegen die Hiltner Feder und Wagner. Zur dritten Lesung der Agrarzölle sind zahlreiche weitergehende Anträge der Reichstagsmitglieder eingegangen. Bei halbständiger Redezeit spricht zunächst

Abg. Jandrey (Anst.) im agrarischen Sinne. Die früheren Zollerhöhungen haben die Preise nicht erhöht. Dem Osten droht vollständiger Zusammenbruch. Energetische Hilfsmassnahmen des Reichslandwirtschaftsministers fehlen. Die Vorlage ist ganz unzulänglich. Ostpreussische Bauern verlassen ihre Scholle und gehen ins Ausland, indem sie sagen, in einem Staat, der uns so gemein behandelt, bleiben wir nicht. Die Gebude des Bauern mit dem Rotkruz und der Sozialdemokratie hat einmal ihr Ende.

Abg. Schmidt-Röpench (Soz.):

gibt folgende Erklärung ab: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erkennt die außergewöhnlichen Schwierigkeiten an, mit denen erhebliche Kreise der deutschen Landwirtschaft im gegenwärtigen Augenblick zu ringen haben. Sie erblickt die Ursachen dieser Schwierigkeiten zu einem Teil in Vorgängen auf dem Weltmarkt für Agrarprodukte, die durch Preis- und Marktmannipulationen anderer Staaten beeinflusst sind. Es liegt aber

nicht im Interesse der deutschen Arbeiterschaft, diesen Manipulationen des Auslands gegenüber passiv zu bleiben

und so die Kaufkraft eines wichtigen Teils der deutschen Wirtschaft zu vermindern und dadurch die Arbeitslosigkeit zu vermehren.

Sie erklärt jedoch, daß die einen augenblicklichen Notzustand gegenüber erforderlich gewordenen, bis zum Jahresende befristeten Maßnahmen nicht zu Dauermaßnahmen werden dürfen, vielmehr muß die damit gewährte Atempause, von der Landwirtschaft dazu benutzt werden, die erforderliche Selbsthilfe, und soweit möglich, auch die notwendige Umstellung vorzunehmen, um im steigenden Maße aus eigener Initiative die erwünschte Verbesserung der Lage der deutschen Bauern zu erreichen.

Nur unter diesen Gesichtspunkten stimmt die sozialdemokratische Fraktion denjenigen Maßnahmen zu, die dem besonders bedrängten Ackerbau zu Hilfe kommen wollen. Sie konnte dies deshalb tun, weil an dem im vorigen Jahre neu eingeführten Verbrauchssteuern unverändert festgehalten wird und weil insbesondere auf dem Gebiet des Futtermittelbedarfes jetzt eine im vorigen Jahre erfolglos von der Sozialdemokratie erhobene Forderung Verwirklichung fand, die dahin zielt,

den ermäßigten Zollsatz von 2 M. denjenigen Landwirten zu gewähren, die Getreide, einen Teil inländischen Roggens mit zu veräußern.

Sie erblickt darin eine Unterstützung der noch wesentlich auszubauenden landwirtschaftlichen Veredelungswirtschaft. Wichtig ist, daß an dem bestehenden Zustand für Roggen nichts geändert worden ist.

Der Erhöhung des Zolls für die Einfuhr von Frühkartoffeln bis zum 31. März konnte die sozialdemokratische Fraktion deswegen zustimmen, weil es sich um eine reine Luxus-einfuhr handelt und der Zoll somit die Wirkung einer Luxussteuer hat.

Einer Erhöhung des Zuckersollens hat die Sozialdemokratische Fraktion erst dann ihre Zustimmung gegeben, nachdem eine Herabsetzung des Richtpreises um 1 M. pro Doppelzentner bewilligt worden war.

Die sozialdemokratische Fraktion stellt fest, daß

die im letzten Jahre vorgenommene Zollveränderung nicht zu einer Preiserhöhung für landwirtschaftliche Produkte geführt

hat. Ist doch der Großhandelsindex für Agrarprodukte in der Zwischenzeit von 126 auf 109 gesunken.

Daraus erhellt, daß auf dem Wege der Zollpolitik allein nicht die erforderliche Erleichterung gebracht werden kann und daß nur härter als bisher die Selbsthilfe Platz greifen muß, die schließ-

lich zur engeren Zusammenarbeit von landwirtschaftlichen Erzeugergemeinschaften mit den Genossenschaften der Verbraucher zum Nutzen beider Teile führen muß. Nur so kann das berechtigste Interesse des einzelnen sich eingliedern in das über alle Einzelwünsche zu stellende Wohl der Gesamtheit und insbesondere dasjenige aller arbeitenden Schichten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Jasi (D. Sp.) hält der Reden vor, daß sie mit ihrer Ueberfülle von Reden und Anträgen den Landwirten nicht hilft. Auf die Durchführung von Beschlüssen kommt es an, und die haben Sie (nach rechts) bisher stets uns überlassen. (Die Sozialdemokraten schreien auf.) Das Maismonopol hat dem Minister, wie er sagte, eine schicksale Nacht bereitet. Uns gefällt das Find nicht, das er in dieser Nacht aus dem Bode gehoben hat. (Heiterkeit.)

Wir sind gegen das Maismonopol.

Die Beteiligung von Reichstags- und Reichsratsmitgliedern an der Monopolverteilung muß entschieden abgelehnt werden. Da die vorliegenden Entwürfe der Landwirtschaft dauernd helfen können, ist zweifelhaft; sie werden aber die Landwirtschaft schaden vor den Eindringen der Flut der ausländischen Ueberproduktion. Die Landwirtschaftskrise ist nur ein Teil der allgemeinen deutschen Wirtschaftskrise. Dauernde Hilfe kann nur kommen bei Herabsetzung der Produktionskosten durch Sanierung der Rassen, Herabsetzung der Zinsen und Senkung der Steuern. (Beifall bei den Deutschen Volkspartei.)

Abg. Dr. Hermes (Z.) spricht für die Kompromißanträge und für den Ausgleich der Interessen von Stadt und Land. So unzulänglich und kümperhaft der Maismonopolvertrag ist, so ist doch das Maismonopol das Hauptstück dieser ganzen Gesetzgebung.

Abg. Tonken (Dem.) äußert sich im gleichen Sinne und widerlegt die Behauptungen der Redner. Auch dieser Redner spricht sich gegen das Maismonopol aus. Maisverteilung, wie sie ein Antrag der Grünen Front fordert, würde unsere Hühnerzucht und Eierproduktion erschlagen.

Nur Zölle allein kommt der Landwirtschaft nicht das Heil.

Aufbauarbeit muß sie nordwärts bringen. Viehzucht ist die Hauptaufgabe des Bauern, und darin werden wir ihn immer schützen.

Abg. Duh (Komm.): Alle Schutzmaßnahmen für die Landwirtschaft sind nicht den wertvollsten Bauern zugute gekommen, sondern nur dem norddeutschen Großgrundbesitz. Ueber 3 Millionen landwirtschaftlicher Betriebe, weit über die Hälfte von allen, sind an höherem Roggenpreis nicht interessiert.

Abg. Freyde (Wirtschaftspartei) spricht für die Anträge der Reichstagsmitglieder, wird aber nach ihrer Ablehnung die Kompromißanträge annehmen, jedoch nicht das Maismonopol.

Abg. Döberitz (Christlich-nationale Bauernpartei) wiederholt die Angriffe der „grünen Front“ auf die Regierungspolitik und polemisiert gegen den Abg. Tonken, der nicht so reden würde, wenn er vom Ertrag seiner eigenen Wirtschaft leben müßte. Zurufen der Sozialdemokraten erwidert der Redner,

es gebe heute viele Bauern, denen es schlechter gehe als den Arbeitlosen.

Man empfiehlt uns Selbsthilfe, aber unsere modernsten Kollereien zahlen heute die niedrigsten Preise und sind am höchsten vorwärts.

Abg. Dr. Horklacher (Bayer. Sp.): Es ist als erfreulicher Fortschritt bei dieser Reichsregierung zu begrüßen, daß man sich zu solcher Hilfe entschließen hat, die ohne Auszubehaltung gebracht wird. Der Landwirtschaft wird am wenigsten durch parteipolitische Spekulation und trübselige Opposition gedient. Wir müssen dahin streben, den Futtermittelbedarf aus dem Inland zu decken. Das Maismonopol muß gemacht werden weil der Maiszoll im Handelsvertrag mit Südländern auf 2,50 M. gebunden ist.

Abg. Hillebrand-Schellen (Deutsche Bauernp.) tritt für die weitergehenden Anträge der Reichstagsmitglieder ein.

Reichsernährungsminister Dietrich:

Ich höre, daß ein Antrag auf Beibehaltungswang von Roggen zum Weizen in Vorbereitung ist. Ich behalte mir vor, wenn in der Roggenfrage nicht eine Wendung eintritt, auch diesem Projekt näherzutreten. Der Weizenpreis muß selbstverständlich so gehalten werden, daß er einen Anreiz bietet, vom Roggenbau zum Weizenbau überzugehen. In der Roggenfrage behalte ich mir vor, schleunige Maßnahmen vorzuschlagen, sobald ein Ueberfall durch Auslandsfontunzen, etwa von Rußland, erfolgen sollte. Ohne das Mais-

monopol geht es nicht, die Ausführung müssten Sie mir schon überlassen. Wenn Sie das Vertrauen zu dieser Maßnahme und zu mir nicht haben, so müssen Sie das Maismonopol ablehnen.

Allen, die das Maismonopol ablehnen wollen, sage ich, daß ich daraus die Konsequenzen ziehen und die Verantwortung darauf überlassen würde, die den Mut zu dieser Maßnahme nicht aufbringen.

Abg. Hoernle (Komm.): Der Minister sollte etwam, aber ohne Scham durch die Kommandos des Reichsbanners, in Arbeiterversammlungen behaupten, daß die Lebenshaltung durch Agrarzölle nicht verteuert wird! Der Redner spricht dann über Hungerelend, Massenelbstmord usw., um die Sozialdemokratie wegen der Zustimmung zu den Zollerhöhungen scharf anzugreifen. Er zitiert einen Artikel der Abg. Mathilde Wurm in der „Beipziger Volkszeitung“ vom 24. d. M. gegen die Zollpolitik der Regierungskoalition und nennt die Sozialdemokratie eine Partei der politischen Verhumpung und des Betrugs. (Händeklatschen der Kommunisten und Ordnungsruf.)

Abg. Schiele (Dnat.) verliest eine Erklärung seiner näheren Freunde, die die Kompromißanträge als unzureichend bezeichnet, ihre Ablehnung ankündigt, grundsätzlich einem Maismonopol zustimmt, aber der vorgeschlagenen Regelung gegenüber Stimmenthaltung üben will.

Abg. Janßen (Dem.) weist den gegen ihn gerichteten Angriff Döbrichs zurück; von diesen Herren sei man schon gewohnt, daß sie in Ermangelung sachlicher Gründe persönliche Ausfälle verüben.

Die Abstimmungen.

Zur Abstimmung verlangt
Abg. Long Sender (Soz.), daß zuerst über das Maismonopol abgestimmt werde, da von dem Ausgang dieser Abstimmung die sozialdemokratische Fraktion ihre Haltung zu den weiteren Anträgen abhängig mache. Es wird dementsprechend verfahren.

Die einzelnen Bestimmungen des Maismonopolantrags werden in einfacher Abstimmung unverändert angenommen. In der Schlußabstimmung wird das Gesetz mit 195 gegen 122 Stimmen bei 78 Enthaltungen angenommen. Für das Gesetz stimmen die Sozialdemokraten und das Zentrum geschlossen, ein Teil der Demokraten und die Bayerische Volkspartei; dagegen die Rechte, Teile der Volkspartei und der Demokraten, sowie die Kommunisten. Andere Volksparteiler und Demokraten sowie die Schiele-Gruppe der Deutschnationalen enthalten sich der Stimme.

Art. 1 des Zollgesetzes für Weizen und Hafer wird in namentlicher Abstimmung mit 273 gegen 123 Stimmen angenommen, das Gesetz darauf im Ganzen verabschiedet.

Die Kommunisten machen sich den Späß, bei jedem Gesetz namentliche Abstimmung herbeizuführen. Die Ergebnisse sind: Gerstezollgesetz mit 260 gegen 126 Stimmen bei 10 Enthaltungen angenommen, Zollgesetz für Reis, Kartoffeln, Weizen und Kleie mit 273 gegen 54 Stimmen bei 78 Enthaltungen, Zucker mit 269 gegen 54 Stimmen bei 72 Enthaltungen angenommen. (Die Enthaltungen betreffen in der Hauptsache die Deutschnationalen und Christlichnationalen.) Der Kompromißantrag auf Ausgleich der Härten, die durch Erhöhung des Kaffee- und Leezollens entstehen, wird in einfacher Abstimmung gegen die Kommunisten und die Rechte angenommen.

Heute Mittwoch, 15 Uhr. Nachtragsetat für 1929 und Rotetat für 1930. Schluß 20 Uhr.

Gewerbesteuer oder Kopfsteuer?

Entscheidungen in Preußen.

Preußen hat drei Kopfsteuern: Hauszinssteuer, Grundvermögenssteuer und Gewerbesteuer. Von diesen drei Steuern hängt im wesentlichen der Etat des Landes und der Gemeinden ab. In Erwartung der neuen Reichsfinanzreform sind diese Steuern in den letzten Jahren jeweils nur für das laufende Jahr verlängert worden. So müssen sie jetzt für das Jahr 1930 beschloffen werden. Das wird bei der Grundvermögens- und Hauszinssteuer ohne allzu großen Widerstand geschehen.

Sehrig umkämpft ist dagegen seit Jahren die Gewerbesteuer, die angeblich den Mittelstand so schwer belastet, daß er gar nicht mehr existenzfähig ist. Seit Jahr und Tag stürmen nicht nur die Oppositionsparteien, sondern auch die Mittelständler der Regierungsparteien gegen die Gewerbesteuer an und verlangen einerseits Erleichterung für die bisherigen Gewerbesteuerpflichtigen durch Einbeziehung der freien Berufe, andererseits Abschaffung der Gewerbesteuer und Ersetzung durch eine allgemeine Kopfsteuer, die sogenannte Vermögensteuergabe, die von jedem Gemeindeglieder ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens mit 6 oder 9 Mark im Jahre erhoben werden soll.

Gegen diese rohe und ungerechteste Form der Kopfsteuer hat sich die Sozialdemokratie in Preußen mit aller Entschiedenheit und bisher mit Erfolg gewehrt. Sie hat sich schon im Vorjahr bereit erklärt, trotz aller entgegenstehenden Bedenken die Angehörigen der freien Berufe der Gewerbesteuer zu unterwerfen, eine Absicht, die im Vorjahr an dem Einspruch des Staatsrats scheiterte. Auch in diesem Jahre hat die Sozialdemokratie vermocht, Zentrum und Demokraten von dem Antrag auf Einführung des Vermögensteuergabebetrags abzubringen. Hingegen soll wiederum versucht werden, die freien Berufe in die Gewerbesteuer einzufügen.

Darüber gab es am Dienstag im Preußischen Landtag heftige Debatten, in denen Senosse Szillat noch einmal die soziale und steuerrechtliche Ungeheuerlichkeit des Vermögensteuergabebetrags wirksam darstellte.

Knoschlich, so betonte er, solle Preußen gezwungen sein, den sozial bitteren Weg zu gehen, auch den niedrigst Einkommenden Arbeiter mit einer Kopfsteuer zu belegen. Diese Kommandate solle aus der angeblichen Tatsache folgen, daß die große Masse der Arbeitnehmers zu den Lasten der Gemeinden nichts Wesentliches beitrage. In Wirklichkeit ist der weitaus größte Teil aller Gewerbebetriebe steuerfrei und vom Rest bezahlt wiederum der größte Teil nur die niedrigste Steuerstufe. Wir haben in Preußen

517 585 Gewerbebetriebe, die nicht gewerbesteuerpflichtig sind, weil ihre Inhaber ein Einkommen von 1500 Mark nicht erreichen. Und wir haben in Preußen 10,3 Millionen Arbeitnehmer, die Einkommensteuern zahlen, weil sie 1200 Mark Einkommen nicht erreichen.

Deshalb wehren wir uns mit vollem Recht dagegen, den Arbeitnehmern neue Lasten aufzupacken, um die Gewerbesteuerpflichtigen zu entlasten. Trifft es zu, daß die Arbeitnehmer zu den Steuerlasten der Gemeinden verhältnismäßig wenig beitragen? Die Gewerbesteuer erbrachte in Preußen im Jahre 1928 465 Millionen, das sind 24,8 Proz. des Gesamtsteuereinkommens. Die Grundvermögenssteuer erbrachte 326 Millionen oder 17,1 Proz. Davon werden zwei Drittel oder 11,3 Proz. von den Arbeitnehmern getragen. Die Einkommensteuer überwälzungen der Gemeinden betragen 334 Millionen = 17,5 Proz. des gesamten Steuereinkommens. Wiederum entfällt die Hälfte des Betrages auf die Lohnsteuer, auf die Arbeitnehmer. Die ständige Erhöhung der Gas- und Elektrizitätstarife in den Städten trifft die breiten Arbeitervassen sehr viel stärker als jeden anderen Kreis der Bevölkerung. Wir müssen es ablehnen, von den Warenhäufern eine höhere Lohnsumme zu erheben, wenn diese Maßnahme nicht gleichzeitig auf die Großkonzerne ausgedehnt wird. Diese Großkonzerne der Industrie versprechen es allerdings wunderbar,

Sein Kronzeuge.



Thüringischer Innenminister Frick: „Die wichtigsten Argumente für meine Auffassung vertritt der bekannte Jurist Dr. Ernst Cohn im Preussischen Verwaltungsblatt!“

Wendung in London.

Ein neuer Vorschlag Stimson's: Fünfmächte-Verspflichtung zur Beratung im Konfliktfalle.

London, 25. März. (Eigenbericht.)

Die Flottenkonferenz ist am Dienstag wieder zum vollen Leben erwacht, nachdem der Vorschlag des italienischen Delegierten Grandi vom Montag bereits dem Zustand völliger Resignation ein Ende bereitet hatte. Das neue Element ist in einem amerikanischen Vorschlag zu finden, der von dem amerikanischen Delegierten Stimson am Dienstag vormittag MacDonald unterbreitet worden ist.

Die amerikanische Anregung besteht in einer Bereitwilligkeitserklärung der amerikanischen Regierung, mit den übrigen vier Mächten England, Japan, Frankreich und Italien einen sogenannten konfuzischen Pakt abzuschließen, der sich auf der Linie des im Jahre 1921 in Washington unterzeichneten sogenannten pazifistischen Vertrags bewegen soll. Ein derartiger konfuzistischer Pakt müßte nach amerikanischer Auffassung die Einberufung einer gemeinsamen Konferenz der vertragsschließenden Mächte im Falle einer Meinungsverschiedenheit zwischen zwei oder mehreren dieser Mächte vorsehen und im Falle eines Angriffs gegen eine der vertragsschließenden Mächte die sofortige Beratung dieser Mächte über die zu ergreifenden Schritte obligatorisch machen. Amerika hat jedoch gelegentlich der Unterbreitung seiner Vorschläge nochmals mit großem Nachdruck betont, daß die Vereinigten Staaten unter keinen Umständen irgendeine andere Verpflichtung eingehen könnten als diejenige, in einem derartigen Fall in Beratungen mit den anderen Mächten einzutreten.

Man ist sich in London bewußt, daß der amerikanische Vorschlag unter Umständen geeignet ist, die beinahe verzweifelte Situation, in der sich die Vertreter des Abrüstungsgedankens auf der Konferenz befinden, mit einem Schläge zu beenden. Alles hängt nunmehr davon ab, ob Frankreich die durch einen derartigen Pakt gebotenen Sicherungen, wenn von Sicherungen überhaupt die Rede sein kann, für ausreichend hält, um seine Lannageziffern herabzusetzen und seinen Anspruch auf eine formelle Ueberlegenheit über Italien grundsätzlich aufzugeben. Ist das der Fall, so kann der ursprüngliche Konferenzzweck noch jetzt gesichert werden; ist das nicht der Fall, so dürften sich die weiteren Verhandlungen um den Abschluß eines Dreimächte-Paktes und eine halbjährige Vertagung der Konferenz im Sinne der italienischen Anregungen drehen.

so zu finanzieren, daß absolut kein Gewinn übrig bleibt. Würden nach unserer Forderung die Steuerlisten offen gelegt, dann würde mit einem Schläge klar werden, für wen die Arbeitnehmer und ein großer Teil des Mittelstandes die Steuern aufbringen müssen. Dann wäre die Ruhezeit des Mittelstandes gegen die Arbeitnehmer sofort aussichtslos, und der Mittelstand würde mit uns gegen die großen Kapitalparteien kämpfen.

Der Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer legen wir weiteren Widerstand nicht entgegen. Einen Vermögensteuergabebetrags sozialen Charakters einzuführen ist nach Lage der Reichsgesetzgebung den Ländern nicht möglich. Den bisher vorgebrachten Kopfsteuerplänen wird sich die Sozialdemokratie mit allen parlamentarischen Mitteln widersetzen.

Die Entscheidung über die Steuern fällt bei der Abstimmung am Mittwoch. Außerdem steht am Mittwoch der Justizetat auf der Tagesordnung des Landtags.

Mißlungene Ministerwahl.

In Dresden keine Mehrheit für einen neuen Ministerpräsidenten.

Dresden, 25. März. (Eigenbericht.)

Die für Dienstag nachmittag im Sächsischen Landtag angekündigte Wahl des Ministerpräsidenten verlief ergebnislos, da keiner der Kandidaten die nach der Verfassung erforderliche Mehrzahl der abgegebenen Stimmen erhielt. Von den 94 ab-

Briand polemisiert gegen Italien.

Paris, 25. März. (Eigenbericht.)

Die Beratungen über den Etat des Auswärtigen Amtes im Senat gaben Briand am Dienstag Gelegenheit zu einem Referat über die Haltung Frankreichs bei der Londoner Flottenkonferenz. Briands Ausführungen standen im Zeichen eines demonstrativ betonten Grundmottos: „Sicherheit über alles“.

Briand begann mit der allgemeinen Behauptung, daß an der Sicherheit Frankreichs nicht nur Frankreich allein interessiert sei, sondern auch alle anderen Länder, die die historische Mission Frankreichs im Dienste des Friedens kennen. Erst wenn alle Länder zu einem gegebenen Zeitpunkt instande sind, sich vor allen Angriffen in Sicherheit zu fühlen, werde der Friede auf dauerhafter und haltbarer Grundlage ruhen. Dies sei von jeher die Ueberzeugung Frankreichs gewesen und habe von Beginn der Londoner Konferenz an die französische Haltung eindeutig bestimmt. Frankreich sei somit der großen Idee des Völkerbundes treu geblieben: durch Sicherung des Friedens zur Herabminderung der Rüstungen zu gelangen. Man dürfe keine übertriebenen Hoffnungen über die Aussichten der Londoner Konferenz in der Bevölkerung aufkommen lassen. Es handele sich um ein Unternehmen, das nur relative Ergebnisse zutage fördern könne. Niemand dürfe von Frankreich fordern, daß es auf dem Altar der internationalen Interessen seine eigenen Interessen opfere.

Mit unerbittlicher Schärfe gegen Italien betonte Briand dann, man müsse sich vor gewissem demagogischen Formeln wohl in acht nehmen und dürfe einer Theorie der Gleichheit (Parität mit Italien) nicht zustimmen, die in Wirklichkeit gefährliche Ungleichheiten zur Folge haben müßte. Briand, dessen Rede den ungeheuren Beifall des Senats fand, wird am Mittwoch früh nach London zurückkehren, und am Donnerstag zum Beginn der Young-Debatte in der Kammer bereits wieder in Paris sein.

Sozialisten stimmen doch für den Young-Plan.

Die sozialdemokratische Kammerfraktion hat am Dienstag mit 27 gegen 3 Stimmen bei 9 Enthaltungen beschlossen, sich für den Young-Plan zu stimmen, daß die Regierung die Vertrauensfrage zu dem Revisionsentwurf stellen sollte.

Die radikale Kammerfraktion dürfte sich wahrscheinlich das sozialistische Beispiel zu eigen machen.

gegebenen Stimmen entfielen 44 auf den Kandidaten der vereinigten bürgerlichen Parteien Schied, 32 auf den Sozialdemokraten Feilchner und 5 auf den Demokraten Dr. Külz.

Vor der Abstimmung ließ die demokratische Landtagsfraktion folgende Erklärung abgeben: „Die Deutsche Volkspartei hat Koalitionsverhandlungen mit der Sozialdemokratie abgeschlossen und bisher nicht einmal den Willen zur Verständigung gezeigt. Diese Einstellung läßt sich nicht mit der Tatsache vereinbaren, daß die Deutsche Volkspartei im Reiche der Großen Koalition seit zwei Jahren angehört, in Preußen wiederholt den Einfluß gesucht und auch hier eine Reihe an Jahren mit der Sozialdemokratie zusammen in der Regierung gesessen hat. Die der Wirklichkeit nachstehenden Kreise der Deutschen Volkspartei sind es, die eine Zusammenarbeit mit der sich zur Staatspolitik bekennenden Arbeiterpartei ablehnen, die aber bereit sind, wieder mit den Nationalsozialisten zu partiiieren, obwohl diese in wirtschaftlichen und finanziellen Fragen fortgesetzt mit der Opposition ohne Rücksicht auf die Lage der Wirtschaft stimmen, sich in ihren Kampfmethoden von den Kommunisten nicht unterscheiden und die von Stresemann geführte Außenpolitik der Deutschen Volkspartei aufs bestmögliche bekämpfen. Die Schuld an dem Scheitern der Regierungsbildung trifft uns Demokraten nicht, schuld wären vor allem die Regierungsbildner von der Rechten, schuld ist auch die Volkspartei, die den einzig noch gangbaren Weg, der an der Landtagsauflösung vorbeiführt, nicht einschreiten will.“

Zuchthausidyll in Brandenburg.

Schlechte Kameraden im Gefängnis.

In Brandenburg a. d. H. ist ein neues Zuchthaus im Entstehen. Wenn es fertig ist, soll es eine Perle im preussischen Strafvollzug sein. Einstweilen aber entspricht dem veralteten Bau auch der Zuchthaus unter den Gefangenen. Der Aufwachende erhält nur selten Einblicke in die merkwürdigen Sitten und Bräuche, die im Zuchthaus herrschen. Höchstens in einer Gerichtsverhandlung. So war es in diesen Tagen in Brandenburg.

Vor dem Schöffengericht mußten sich zwei Zuchthausgefangene veranmaßen, der wegen schweren Einbruchs, diebstahls im Rückfall zu 15 Jahren verurteilte Sch. und der wegen schweren Raubes die gleiche Strafe verbüßende S. Die Anklage lautete auf gefährliche Körperverletzung. Der Verletzte Sch. spielte den Nebenkläger. Er gehört zu der Kategorie von Gefangenen, die in der Anstalt im höchsten Maße unbeliebt sind. Nach seiner Mitgefängenen konnten ihn nicht leiden. Die Gefangenen erklären, Sch. sei ein schlechter Kamerad, mache Schmutzigkeiten, verpeche seine Genossen bei der Gefängnisverwaltung und mache als Kalfaktor seinen Mitgefängenen das Leben schwer. Der Angeklagte Sch. war aber ein solcher Mitgefängener bei dem Nebenkläger. Eines Tages wurde in seiner Zelle eine Unterredung vorgenommen, man fand nur einen Spirituskocher. Sch. hatte das der Gefängnisverwaltung angezeigt, daß der Mitgefängener in seiner Zelle eine überzählige Matraze, drei neue Anzüge, eine Jacke, ein Paar neue Schuhe, verschiedene Lebensmittel aus der Küche und einen Spirituskocher aufbewahre. Natürlich war Sch. empört. Sein Mitgefängener S. beschimpfte Sch. und sprach ihm ins Gesicht. Sch. beschwerte sich bei dem Gefängnisvorsteher, daß er bedrängt worden sei. Wenige Tage darauf hörten die Wachmeister

Hilferufe. Sch. kuschelte an einem Beamten vorbei, Sch. stand an der Spülzelle, Nist sich den Kopf und wimmerte. Er hatte eine Verletzung abbekommen, die ihn eine Woche lang im Lazarett festhielt.

An der Verhandlung schilderte ein früherer Zuchthausgefangener den Vorgang. Das ganze Gefängnis wachte, daß Sch. von Sch. und S. verprügelt werden sollte. Von einem Stich mit dem Messer könne aber keine Rede sein. Der angeklagte Sch. bestritt gleichfalls, mit einem Messer gestochen zu haben. „Gegen den mit einem Messer?“ meinte er verächtlich. „Ich habe ihn einfach verprügelt. Ich lasse mich nicht beleidigen. S. hat mit der Sache nichts zu tun.“ Der Nebenkläger blieb aber dabei, daß er mit einem Messer verletzt worden sei. Der Direktor des Zuchthaus Brandenburg, Dr. Schwerdtfeger, stellte Sch. kein gutes Zeugnis aus; Sch. braust auf. Er erklärt, das Werturteil des Direktors sei gleich null. Eine Anzahl Zeugen, frühere Mitgefängene des Angeklagten und Wachmeister, waren nicht imstande, volle Klarheit in diese Angelegenheit zu bringen. Der Vertreter des Nebenklägers, Dr. Gehlisch, beantragte die Ladung noch eines Zeugen, eines früheren Zuchthausgefangenen, der bestätigen soll, daß tatsächlich eine Verabredung stattgefunden habe, den Nebenkläger zu mißhandeln.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Sch. wegen einfacher Körperverletzung zwei Wochen Gefängnis und wegen Bedrohung mit dem Tode eine Woche Gefängnis; für den Angeklagten S. Freispruch. Das Gericht verurteilte Sch. wegen Körperverletzung zu drei Wochen Gefängnis und sprach ihn von der Anklage der Bedrohung, da sie nicht ernst gemeint war, frei. S. wurde freigesprochen.

Nichts als Redensarten.

Der Kriminalbeamte lag umsonst unter dem Bett.

Im Jahre 1926 war bei einer Pelzkonfektionsfirma und in der gleichen Nacht bei einer anderen Firma in dem selben Hause eingebrochen worden. Der Verdacht richtete sich damals gegen eine Familie W.

Der alte W. und zwei Söhne waren als Nacht- und Tageswächter in dem Hause beschäftigt. Eine Hausdurchsuchung war ergebnislos und die Beschuldigten mußten wieder entlassen werden. Das Verfahren ruhte, bis sich im vorigen Jahre der Kaufmann Gustav Leug bei der Kriminalpolizei meldete, um gegen die Brüder W. Anzeige wegen eines Raubüberfalles zu erstatten. Dann, der ebenso wie die Brüder W. vielfach verurteilt ist, hatte mit Karl W. ein Teztilegeschäft betrieben, aus dem sich dann ein großer Strafprozeß entwickelte. Beide Geschäftsteilhaber, die jetzt wieder im Gefängnis sitzen, gerieten in Feindschaft und Leug bezichtigte Otto und Karl W. des Einbruchs im Jahre 1926. Er behauptete, daß das Diebesgut durch den ebenfalls vielfach vorbestraften Schneider Fritz Herlich vertrieben worden sei, und er erbat sich, der Kriminalpolizei den Nachweis für die Schuld der drei Personen zu erbringen. Zu diesem Zweck lud er Herlich in seine Wohnung, nachdem er einen Kriminalbeamten unter das Bett und einen zweiten im Nebenzimmer hinter die Tür versteckt hatte. Bei dieser Zusammenkunft soll nun Herlich dem Leug gesagt haben, daß die gestohlenen Pelze noch in derselben Nacht zu ihm in die Wohnung gebracht worden seien, und daß er sie durch seine Frau in mehreren Paketen bei den Gepäckannahmestellen verschiedener Bahnhöfe ausgegeben habe.

Unter der Anklage des Einbruchdiebstahls und des Raubes hatten sich nun gestern Otto und Karl Wende und wegen Hehlerei das Ehepaar Herlich vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zu verantworten. Bei Herlich waren ein Sportpelz und ein Sealmantel beschlagnahmt worden, die aus dem Geldsack von Segal stammten. Der Geschäftsinhaber konnte aber nicht sagen, ob diese Gegenstände damals bei ihm gestohlen waren. Dem Verletzte gelang es, die Befragungen von Gustav Leug auf das Schwerste zu erschüttern. Leug ist bereits wiederholt wegen § 31 in Strafverfahren außer Verfolgung gesetzt worden. Außerdem ergaben sich zwischen den Aussagen von Leug und denen der Kriminalbeamten erhebliche Widersprüche. Herlich behauptete, daß er heranzugebende gar nicht gemacht habe. Das, was die Beamten in ihren Berichten gehört haben wollen, seien Redensarten von Leug gewesen. Die Angeklagten wollten sich zu jener Zeit auch noch nicht gefasst haben. Das Gericht beschloß, Leug nicht zu verurteilen, und hielt die Sache für so wenig geklärt, daß es zur Freisprechung sämtlicher Angeklagten kam.

Die Reform der Kommunalverfassung.

Keine Vorberberatung des Berliner Gesetzes?

Das Gutachten des Staatsrats zu der Vorlage über Berlin wird erst am Donnerstag vom Ausschuss endgültig formulierte werden. Am Donnerstag nachmittag wird sodann die Vorlage in das Plenum kommen. Wie verlautet, ist beschäftigt, ein Eventualgutachten vorzuschlagen. Danach soll empfohlen werden, die Vorlage bis zur allgemeinen Regelung der neuen Kommunalverfassung für ganz Preußen zurückzustellen. Sollte Staatsregierung und Landtag eine Vorberberatung für unerlässlich ansehen, so will der Staatsrat seine Stellung dahin formulieren, daß die Bestimmungen über Staatsaufsicht und Mitwirkungsangelegenheiten ohne Nachteil aus der Vorlage über Berlin entfernt werden können, da in dieser Richtung die weitere Geltung der zur Zeit bestehenden Vorschriften bis zur allgemeinen Neuordnung als ausreichend angesehen wird.

Von Haiischen verschlungen.

Fünf Fischer fanden einen schrecklichen Tod.

Veracruz, 25. März.

Einen schrecklichen Tod fanden fünf Insassen eines Fischerbootes, das bei einem schweren Sturm in der Nähe von Veracruz unterging. Nach den Aussagen des einzig Überlebenden des Bootes, Kullia, sind die fünf übrigen Fischer von Haiischen verschlungen worden, die dem Boot gefolgt waren. Kullia muß gesehen haben, wie zwei seiner Gefährten auf diese Weise ums Leben kamen. Er selbst, der sich an einem Wrackstück über Wasser hielt, konnte erst nach 50stündigem Kampf mit den Wellen gerettet werden.

Die Ankunft der „Europa“.

Otto Brauns Glückwunsch an den Lloyd.

Der verabschiedete Ministerpräsident Dr. Brauns hat an den Norddeutschen Lloyd in Bremen folgendes Telegramm geschickt:

Herzlichen Glückwunsch zu der hervorragenden Leistung der „Europa“ und vielen Dank dafür, daß mir Gelegenheiten gegeben war, die erste, so erfolgreich beendete Fahrt dieses herrlichen Schiffes mitzumachen.

Am Dienstag, nachmittags 1/4 Uhr (Berliner Zeit), ist die „Europa“ in den Hafen von New York eingelaufen. Zahllose Ehrenstreifen stimmten ein freudengeheul der Begrüßung und Gratulation an; Autobussen aller Tönungen schalteten sich in den Chöre ein. Begeisterte Rufe der Menge, die, mit Lieberfingern sich die

Zeit vertreibend, zu Tausenden die Ufer säumte — bereits um 12 Uhr (Berliner Zeit) hatten sich die ersten Reugierigen am Lloyd-Platz versammelt — verstärkten den enthusiastischen Willkommensgruß.

Bei Beurteilung der Leistung der „Europa“ muß man berücksichtigen, daß sie erstens bedeutend schlechteres Wetter hatte als die „Bremen“ bei ihrer Rekordfahrt und sie außerdem infolge der Wetterlage eine um 70 Seemeilen längere Route wählen mußte. Johnson hat überhaupt von Anfang an gar keine Rennfahrt geplant. Man kann somit die erreichte Geschwindigkeit der „Europa“ als gute Durchschnittsgeschwindigkeit betrachten und damit rechnen, daß die „Europa“ bei ihrer Ozeanfahrt niemals viel länger als 4 Tage und 17 Stunden gebrauchen wird.

Während der letzten Nacht

mußte die „Europa“ bei ziemlich starkem Nebel fahren.

Das Meer wogte in starker Dünung. Das Schiff kam aber gleichmäßig schnell vorwärts und lag auch gut im Wasser. Die Passagiere an Bord hatten fast durchweg darauf verzichtet, ihre Kabinen anzulassen, um den Erfolg der Fahrt abzuwarten; viele, besonders die Amerikaner, waren durch Betten an ihr interessiert. Der Jubel bei der Bekanntgabe, daß die „Europa“ das Ambrose-Feuerschiff gegen 6 Uhr morgens (amerikanischer Zeit) erreichen werde, steigerte sich zu stürmischen Freudenausbrüchen, als das Leuchtschiff tatsächlich um diese Zeit gesichtet wurde. Der Kapitän und die Ingenieure versicherten den Passagieren, daß der erreichte Rekord im Sommer sehr bequem beträchtlich zu steigern sei, wenn die Dünung nicht so stark ist, keine Gegenwinde die Fahrt beeinträchtigen und das Meeresrauschen aus den Maschinen herausgeholt werden kann. Außerdem wird im Sommer die nördliche Route benutzt, die augenblicklich wegen der Eisberggefahr nicht gefahren wird.

Alcixio Azevedo

Ein brasilianisches Mietshaus

21.

Vorn Eingang einer Leestube in der Rua Duvidor stand Joao Romao und wartete auf die Familie Miranda, die unten in der Stadt Einkäufe machte. Er trug einen tabellos gearbeiteten grauen Kaschmiranzug und wachte, daß er sehr gut aussah.

Es war zwei Uhr nachmittags, und die schmale Straße war überfüllt. Die Sonne glühte, und doch war die Luft frisch. Bornehme Herren gingen bei Bascoal lässig ein und aus; elegante Jünglinge pafften ihre Zigaretten und warteten auf eine Geliebte; ihre „Amoradas“ anzupfeifen; Damen in seidnen Kleidern naschten Süßigkeiten und tranken Wein aus Operto. Alles strömte Reichtum und Wohlstand aus, und die Unterhaltungen wurden flüsternd geführt, wie es der gute Ton heische. Mit Hilfe zahlreicher Spiegel wurde distret gestriet; an der Bar tranken die Männer Erfrischungen, und andere knabberten das französische Gebäck, für welches das Lokal berühmt war. Die älteren Leute häuterten in der Mittagszeitung, und Kellner wickelten eifrig Konfekt in buntes Seidenpapier und machten eine Schlinge in die Schnur, an der das Paket vom Finger des Käufers herunterbaumeln sollte.

Als die Stunde weiter vorrückte, kamen etliche Beamte von den nahegelegenen staatlichen Ventern auf einen Sprung hinein, um ihren Nachmittagswernut zu trinken, und Reporter von einem halben Duzend Zeitungen lungerten herum, begierig irgendwelchen Brocken aus einem politischen Gespräch aufzufressen. Aber Joao Romao verließ seinen Posten am Eingang keinen Augenblick und stand, auf seinen straffgerollten Regenschirm mit marmorernem Griff gestützt, da. Er erwiderte die lächelnden Grüße der Vorübergehenden und sprach ab und zu ein paar Worte mit einem, der stehen blieb, um ihm die Hand zu schütteln. Er war freundlich und hüdnoll und verriet keinerlei Ungeduld, als höchstens gelegentlich durch einen Blick auf seine schwer goldene Uhr, deren Deckel mit vornehmen Anoden auf und zu sprang.

Erstlich tauchte die Familie des Barons de Freigal auf.

Zulmira in einem sehr hübschen Wachsseidenkleid lief in ihrer nervösen Art ein paar Schritte voraus. Dann folgte Dona Estella, ganz in Schwarz, ernst und streng; eine würdige, durch und durch tugendhafte Matrone. Miranda trug einen Gehrock mit einem winzigen Band auf der Brust, einen seidnen Hut, Sackstiefel und einen Kragen, der noch höher gewesen wäre, wenn das Rinn ihn nicht daran gehindert hätte. Als sie Joao Romao erblickten, lächelten er und Zulmira herzlich, aber Dona Estella vergab sich nicht so viel und schritt mit stolzer arroganter Miene einher.

Der zukünftige Schwiegerjohn und Biscount in spe stürzte ihnen entgegen und führte sie galant an einen Tisch, wo er darauf bestand, ihnen Erfrischungen anzubieten. Nachdem er mit Dona Estella Rücksprache genommen hatte, bestellte Joao Romao Sandwiches und Mutateiler, aber Zulmira zog Eis und einen Viktor vor. Jedoch nur die Tochter des Hauses schien etwas zu sagen zu haben. Sie plauderte munter, und die anderen hörten zu. Als sie sich endlich mit ihrem Eis abgab, blickte Miranda zur Decke und bemerkte, das Lokal müsse dringend renoviert werden. Dona Estella fragte Joao Romao höflich, was er von der neuen Opazntruppe hielte, was ihm recht peinlich war, aber er fand endlich den Mut, sich zu äußern und zu sagen, die Darstellerin der Lucia sei entsetzlich dick und sähe besonders im Nachthemd schrecklich aus.

Glücklicherweise kam in diesem Augenblick Botelho an und lockte vor Erregung. Draußen vor der Stadt hatte sich eine Tragödie abgepielt, ein Zusammenstoß zwischen einem Offizier und einem Untergebenen. Der Offizier hatte einen Sergeanten beschimpft, und letzterer hatte mit einer Ohrfeige geantwortet, worauf ihn der Offizier mit seinem Säbel erstach. Und ganz mit Recht, meinte Botelho, der in Sachen der Disziplin für unbefugte Strafen war. Ein Sergeant, der imstande ist, die Hand gegen seinen Vorgesetzten zu erheben, verdient nichts anderes, als niedergestochen zu werden. Die Augen des Alten glühten vor Begeisterung, und er lautete begierig, als Miranda von einem ähnlichen Fall erzählte, der sich vor manig Jahren abgepielt hatte. Dann folgte eine unaufhörliche Serie von Geschichten aus Botelhos unverstehbarem Vorrat, aber die anderen wurden allmählich müde und benutzten einen Augenblick Pause, um aufzustehen und zu gehen.

Joao Romao bot Zulmira den Arm, und der Baron ging neben seiner Frau. Sie spazierten langsam durch die Rua Duvidor zum Sao Francisco-Platz, wo der Baron Joao

Romao einen Platz in seinem Wagen anbot, aber der Budiker lehnte ab, da er in der Stadt noch Geschäfte zu erledigen hatte.

Als der Wagen davontrollte, zupfte ihn Botelha am Kermel.

„Also, es ist alles erledigt; der Mann halt sie heute ab.“ „Ja, heute?“ wiederholte Joao Romao interessiert und blieb stehen, um weitere Einzelheiten zu hören. „Gott sei Dank; es ist auch wirklich höchste Zeit!“

„Höchste Zeit?“ erwiderte Botelha gekränkt. „Sie haben keine Ahnung, wieviel Schweiß mich die Geschichte gekostet hat.“

„Aber es hat auch wirklich lange genug gedauert — mir kommt es vor, als seien Jahre vergangen, seit wir die Sache besprochen haben.“

„Aber was sollte ich tun? Ich konnte den Mann nie erreichen. Ich habe geschrieben und geschrieben, und erst vor ein paar Tagen habe ich endlich Antwort bekommen. Dann bin ich zweimal auf die Polizei gegangen und heute zum drittenmal; und nun ist es endgültig beschlossen, daß sie sie heute nachmittag holen. Aber Sie müssen da sein und sie ausliefern. Sonst könnte vielleicht die Polizei Rücksicht nehmen und sie ohne Ihre Einwilligung nicht mitnehmen wollen.“

„Aber das möchte ich ja gerade vermeiden. Ich möchte, daß es so aussieht, als sei es in meiner Abwesenheit geschehen und als hätte ich nichts davon gewußt.“

„Aber an wen sollen sie sich dann wenden, wenn sie hinkommen? Wer soll sie ihnen denn ausliefern, wenn nicht Sie? Ich weiß, es ist peinlich, aber da müssen Sie schon durch.“

„Sie könnten mich doch vertreten.“

„Um Gottes willen Das wäre ja noch schlimmer. Dann wäre es doch deutlich, daß es sich um eine abgekartete Sache handelt. Nein, Sie müssen zu Hause sein und überwacht werden. Das ist der einzige Weg; da Sie einmal A gesagt haben, müssen Sie auch B sagen. Die Männer werden kommen und die Sklavin im Namen des Gesetzes verlangen; dagegen können Sie nichts tun, und wenn es Ihnen auch noch so unlieb ist, Sie müssen sie ihrem rechtmäßigen Herrn ausliefern. Dann sind Sie sie los, und nachher werden Sie sie nicht mehr jammern und stöhnen hören.“

„Ja, aber —“

„Oh, ich weiß. Sie wird schreien und reden, aber dagegen müssen Sie sich eben wappnen. Es bleibt Ihnen nichts anderes übrig als sie auszuliefern, und Sie haben sie ja nicht schwarz gemacht.“

(Schluß folgt.)

Autos kriechen wie Schnecken.

Verkehr und Stillstand.

Aus Kattowich kommt eine seltsame Meldung: Die Polizeidirektion erließ eine Verordnung, nach der die Höchstgeschwindigkeit innerhalb der Stadtgebiete für Kraftfahrzeuge nicht mehr als 15 Kilometer pro Stunde betragen darf. Daraufhin haben die Kattowicher Chauffeure einen Tag lang Demonstration gefahren, indem sie ihre Wagen noch langsamer schleichen ließen, als sich Fußgänger fortzubewegen pflegen. Nach einer Sondermeldung, die uns zugeht, erinnerte das Straßenbild der Stadt an diesem Tage an eine Unzahl von Leichenzügen.

Ein Kraftwagen, der 15 Kilometer in der Stunde fährt, ist eine Lächerlichkeit. Die Feldbesatzung der allen preußischen Armee sah vor, daß eine geschlossene Truppe im Brigade- oder Divisionsverband, rund 3000 Soldaten also mit Uniform, Tornister, Helm und Gewehr, in der Stunde etwa 5 Kilometer zurücklege. Ein einzelner Kraftwagen, der nur dreimal schneller fährt, als eine geschlossene Truppe läuft, ist eine Schnecke. Die Kraftwagenfahrer haben recht daran getan, durch ihre Demonstration den Polizeidirektor von Kattowich lächerlich zu machen.

Eine Frage aber liegt nahe: Wie kam der Polizeidirektor dazu, eine so sonderbare Verordnung zu erlassen? Wahrscheinlich werden Kattowicher Kraftfahrer gerast und dadurch Menschenleben gefährdet haben. Der Beamte wolle die Fußgänger schützen, dabei schob er freilich über das Ziel hinaus.

In Berlin beträgt die Geschwindigkeitsgrenze für Kraftfahrzeuge nach den Bestimmungen der Verordnung 40 Kilometer. Daneben aber heißt es ausdrücklich, daß die Geschwindigkeit niemals so groß sein darf, daß die öffentliche Sicherheit in irgend einer Weise gefährdet wird. Die Bestimmungen bestreben, daß Fußgänger und Fahrer in gleicher Weise vor Gefahren geschützt sind. In gleicher Weise sind also auch beiden Interessenten Pflichten auferlegt. Der Fußgänger ebenso wie der Fahrer hat sich nach den Bestimmungen der Berliner Straßenordnung zu richten. Unverantwortlicher Verkehrsmittel muß zur Rechenschaft gezogen werden, ob er nun vom Fußgänger oder vom Fahrer ausgeht. Besonders unterstreichen muß werden, daß Trunkenheit im Dienst beim Kraftfahrer Straßensicherungsgrund sein sollte.

Wenn sich die Gesamtheit der Bevölkerung gewissenhaft nach den Verkehrsbestimmungen richtet, werden die Verkehrsunfälle in einer Weltstadt wie Berlin zwar nicht verschwinden, aber in ihrer Zahl herabgemindert werden. Vor dem Unfug eines Verkehrsstillstandes, wie er in Kattowich erlebt wurde, schützen uns in Berlin die Vernunft der Behörden und die Einsicht der Bevölkerung.

Sprechchöre im Warenhaus.

Freivorstellung des kommunistischen Affentheaters.

Die Kommunisten widmen neuerdings bei ihrer Propaganda den Warenhäusern ganz besondere Aufmerksamkeit, indem sie mit größeren oder kleineren Trupps plötzlich in die Geschäftsräume eindringen und mit Ansprachen, teilweise sogar mit Sprechchören das Personal beunruhigen. So kam eine Gruppe von Linksradikalen kürzlich in das Kaufhaus des Westens und verdrängte dort, auf die Angestellten einzureden.

Zu einem aufregenden Vorfall, der mit dieser Taktik der Linksradikalen im Zusammenhang steht, kam es gestern in der siebenten Abendstunde, also zur Zeit des stärksten Geschäftsbetriebes, im Warenhaus Tieg am Halleschen Tor. Etwa 12 bis 15 Kommunisten, größtenteils Jugendliche, drangen plötzlich in das Kaufhaus ein, bahnten sich durch das laufende Publikum einen Weg zur Freitreppe im Lichtlof und begannen mit lauter Stimme Ansprachen an das Personal zu halten, in denen sie dazu aufforderten, bei den bevorstehenden Betriebsratwahlen die kommunistischen Listen zu wählen. Das Schreien der Wahlagitatoren verursachte natürlich eine beträchtliche Aufregung, die sich noch freigerie, als die Kommunisten der Aufforderung des Aufsichtspersonals, das Haus zu verlassen, keineswegs Folge leisteten. Daraufhin wurde das Ueberfallkommando alarmiert. Kaum ertönten die Signale des herankommenden Polizeiautos, als die Kommunisten schleunigst ihre Position auf der Freitreppe räumten und, während die Polizeibeamten durch den Haupteingang hereinkamen, eiligst durch einen der hinteren Ausgänge zu entkommen suchten. Die Polizei folgte ihnen zwar nach, doch gelang es den Eindringlingen, in der allgemeinen Verwirrung ungehindert die Belle-Alliance-Straße zu erreichen und dort unter den Passanten zu verschwinden.

Nicht mehr Bemberg, „Seide“.

Kunstseide ist keine Seide — sagt das Reichsgericht.

Der zweite Zivilsenat des Reichsgerichts hat jetzt in dem Prozeß um die Bezeichnung „Bemberg-Seide“ ohne den Zusatz „Kunstseide“ das Urteil des Kammergerichts in Berlin aufgehoben und die beklagte Firma Bemberg dazu verurteilt, künftig ihre Fabrikate als Kunstseide und nicht als Bemberg-Seide zu bezeichnen.

In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß Seide nicht als ein allgemeiner Sammelbegriff gelten könne, unter den auch Kunstseide falle. Es handele sich um eine von der Firma Bemberg erstrebte Entwicklung des Sprachgebrauchs, die in ihrer Art nicht wünschenswert sei.

Dachstuhlbrand in der Bachstraße.

Am Dienstag nachmittag brach im Dachstuhl des Hauses Bachstraße 7 in Wabnitz Feuer aus, das sich mit rasender Schnelligkeit ausbreitete. Die Feuerwehr, die mit vier Löschzügen zur Stelle war, hatte angestrengt zu tun, um ein Uebergreifen auf die Nachbarhäuser zu verhindern. Fünf Schlauchleitungen mußten in Tätigkeit gesetzt werden, um das Großfeuer niederzukämpfen. Der Schaden ist außerordentlich hoch.

Höhenrekord einer amerikanischen Fliegerin.

Ein neuer Höhenrekord für Fliegerinnen ist von der Amerikanerin Eleanor Smith erzielt worden. Nach dem plumbierten Barographen ihres Flugzeuges hat sie die Höhe von 9106 Metern erreicht.

„Schwarzweißrot adel“ Wir berichten über die Entfernung der schwarzweissen Farbstreifen an den Schülern der Friedrich-Werderschen Oberrealschule. Das vernünftige Vorgehen des Provinzialschulkollegiums hat die „Deutsche Zeitung“ so in Harnisch versetzt, daß sie in einer Nummer gleich zweimal Sturm reißt, einmal gegen den „Vorwärts“ und an anderer Stelle gegen die „Welt am Montag“. Wenn die „Deutsche Zeitung“ sich so sehr ärgert, dann haben die republikanischen Behörden sicher richtig gehandelt.

Fritz Rogens immer unsicherer.

Die Zeugenvernehmungen im dritten Jakubowski-Prozeß.

Neustrelitz, 25. März.

Der dritte Jakubowski-Prozeß wird sich kürzer gestalten als erwartet werden konnte. Die veränderte Situation, die sich gestern durch die Handlung in der Aussage der Frau Köhler und durch den Widerruf des Geständnisses von Fritz Rogens ergab, veranlaßte heute den Oberstaatsanwalt, den Verteidiger und den Vertreter der Nebenklage Dr. Brandt in einer gemeinsamen Besprechung sich darüber zu verständigen, daß sie auf eine ganze Reihe von Zeugen verzichten könnten. Rechtsanwalt Dr. Brandt gab seinerseits die Motive für diese Verzichtserklärung kund. Die neue Prozeßlage, sagte er, der Widerruf des Geständnisses durch Fritz Rogens, die widerspruchsvollen Aussagen der Frau Köhler haben die letzten wesentlichen Argumente in Wegfall gebracht, die noch nach Auffassung der letzten Schwurgerichtsverhandlung für eine gewisse Mitschuld Jakubowskis gesprochen haben. Es als Nebenkläger könne deshalb grundsätzlich auf die gesamte Beweisaufnahme verzichten.

August Rogens, der bei dem Widerruf seines Geständnisses bleibt und ähnlich wie in der ersten Verhandlung erklärt, er habe mit dem Tode des kleinen Ewald nichts zu schaffen, muß noch einige für ihn sehr unangenehme Fragen beantworten. Er bleibt entweder die Antwort schuldig oder er macht Ausreden. Dann kommt man noch auf seine Geständnisse und Widerrufe zu sprechen. Die Vernehmung des Angeklagten ist abgeschlossen, als erster Zeuge wird der Gutachter Bläcker gehört, der in der vorigen Verhandlung wegen Meineides verurteilt wurde. Er bestätigt, daß Fritz

Rogens ihm gesagt habe, er gehe zu August, um ihn nach Bahlingen, zwecks Befestigung des kleinen Ewald zu bestellen. Auch bei dem nächsten Zeugen, dem Untersuchungsrichter Landgerichtsrat Hundt schneiden die Angeklagten schlecht ab. Der letzte Zeuge in der heutigen Verhandlung, Fritz Rogens Mitgefänger, der polnische Arbeiter Rogoski, belastet den Angeklagten gleichfalls. Fritz Rogens hat ihm gegenüber immer wieder seine Unschuld beteuert und erklärt, daß auch der hingerichtete Jakubowski unschuldig gewesen sei. Allein die Mutter und der Bruder August hätten den Tod des Kindes verursacht. Jakubowski läme höchstens als Instizier in Betracht. Fritz Rogens bestreitet die Richtigkeit dieser Darstellung.

Ueberhaupt ist er heute noch unsicherer als gestern.

Er muß vom Vorsitzenden immer wieder zu Antworten angepornt werden. Er findet sich in seinen Widersprüchen überhaupt nicht mehr zurecht. Den Schluß der Verhandlung bilden die scharfen Auseinandersetzungen zwischen dem Nebenkläger und den Oberstaatsanwalt. Letzterer beantragt die Verlesung des Schwurgerichtsurteils gegen Jakubowski und sämtlicher Vernehmungsprotokolle des Hingerichteten. Brandt widerspricht dieser Verlesung, das Gericht beschließt sie. Am Mittwoch findet in Bahlingen der Lokalkern statt. Borigesmal führte Fritz die Prozeßbeteiligten am Tatort herum, jetzt bestreitet er ja überhaupt dabei gewesen zu sein. Am Donnerstag wird in Schönberg verhandelt. Dann kehrt das Gericht nach Neustrelitz zurück.

Jugendweihen

der Sozialisten und Freidenker am Sonntag, dem 30. März 1930, in:

- Berlin:** Volksbühne (Theater am Bülowplatz), vormittags 9 1/2 Uhr und mittags 12 Uhr
- Neukölln:** Mercedes Palast, Hermannstraße, vormittags 11 Uhr
- Lichtenberg:** Aula des Gymnasiums, Parkau, vormittags 10 Uhr und nachmittags 1 Uhr
- Petershagen:** Restaurant „Zum alten Dessauer“, vormittags 10 Uhr
- Spandau:** Festsaal der Oberrealschule, Friedrich-, Ecke Moitkestraße, vormittags 10 Uhr
- Tempelhof:** Mall-Lichtspiele, Mariendorf, Chausseestraße 305, vormittags 10 Uhr

Sprech-, Bewegungs- und Tanzchöre Gesang / Musik / Weihereden

Übertragung der Neuköllner Jugendweihe durch Rundfunk

Eintrittskarten sind für alle Weihen (außer Volksbühne) am Tage der Weihen an den Kassen erhältlich.

Ueber eine halbe Million Einäscherungen

Die Betriebsergebnisse der Deutschen Krematorien 1929.

Der Verband der Feuerbestattungsvereine deutscher Sprache schreibt uns:

Während 1928 die verminderte Sterblichkeit auch die Zahl der Einäscherungen berührte, hat die ungewöhnlich hohe Sterblichkeit während der Kälteperiode im ersten Viertel 1929 auch eine große Zunahme der Einäscherungen zur Folge gehabt. Aber auch in den späteren Vierteljahre war die Einäscherungsziffer höher als in den entsprechenden Zeiten des Vorjahres. Infolgedessen ist die Gesamtzahl der Einäscherungen im Jahre 1929 auf 587 666 gestiegen, zeigt also gegen das Vorjahr ein Mehr von 8881 = 1,73 Proz. Somit sind in den deutschen Krematorien durchschnittlich täglich 155 Einäscherungen vorgenommen worden, und die Gesamtzahl aller bisher in Deutschland vorgenommenen Einäscherungen hat sich auf 494 385 erhöht. Inzwischen ist seit Mitte Februar 1930 die halbe Million schon überschritten worden.

Berol-Konorah gestorben.

Gestern ist der Präsident der Internationalen Artistenloge Genosse Max Berol-Konorah an den Folgen einer Lebertreibeoperation in der Bülowklinik im Alter von 62 Jahren gestorben. Mit ihm ist der beste Führer der deutschen Artistenloge dahingegangen. Konorah, am 21. Januar 1868 in Berlin geboren, ging schon in jungen Jahren über den großen Teich und hatte bald in Amerika als Artist einen Ruf. Verhältnismäßig spät machte er sich in Deutschland bekannt. Im Jahre 1904 nahm er den Präsidentenstuhl der Internationalen Artistenloge ein und



Das Geseh wird humaner, seine Anwendung ist heute weniger rigoros als früher. Man sucht dem Sträfiling das zukünftige Leben zu ebnen. Dies sind die Leitlinien in den Ausführungen des Bandgerichtsrats Hollen über das Thema „Gesehliche Milderung des Straferlebnisses“. Ausbau der Bewährungsfrist, besonders bei Jugendlichen, bedeutet eine Hauptforderung. Ueber Ansehen gilt es hinauszugehen. Der Vortrag weist in die Zukunft, wie auf anderem Gebiet die Unterhaltung Graf Arcos mit Hans Brasin über das Thema „Technische Entwicklungsmöglichkeiten des Rundfunks“. Es geht in erster Linie um das Problem des Fernempfangs, und zwar des völlig störungslosen Fernempfangs mit billigen Geräten, und hier sind die Aussichten nicht sehr rosig. Man experimentiert und hofft, und vielleicht gelingt es auch, in näherer Zukunft erfreuliche Resultate zu erzielen. Leider äußert sich Arcos aus Zeitmangel nicht über das Fernsehen. — Die Imitationen und Parodien, mit denen sich La Jo Szendy innerhalb einer halben Stunde vorstellt, sind unterhaltend, aber ungleichwertig. Die Imitation mancher Instrumente, wie etwa Spieluhr oder Cello, gelingt sehr gut und ist glaubwürdig. Weniger glücklich ist Szendy jedoch bei Stimmen. — Der Abend gehört Regenerbeer. Ausschnitte aus „Robert der Teufel“, den „Hugenotten“ und dem weniger bekannten „Feldlager in Schlesien“ gehen in Szene. Wirkliches und Unwirkliches wird ausgeführt, wie die Panenarie und das Abschiedslied aus den Hugenotten. Daneben steht Zeitbedingtes, auf den Effekt Stillsitzendes, wie das Romanballet aus dem vierten Akt der Oper Robert der Teufel. Eine glückliche Auswahl, die das Zweifelhafte und Wesentliche Regenerbeers zum Ausdruck bringt. Herporragend das Orchester unter Wegrowitz und der Tenor Joseph Schmidt trotz leichter Indisposition. Racella Köppler ist ihm eine Partnerin von hoher Stimmkultur. F. Sch.

ermang sich in dieser Stellung, die er bis zu seinem Tode bekleidete, auch bei den Varietédirektoren als Gewerkschaftsführer die Achtung, die ihm vorher als Artist gezollt worden war. Seiner Tätigkeit ist es fast ausschließlich zu danken, daß in dem früher so rechtsunsicheren Berufe der Artisten eine einheitliche Rechtsauffassung Platz griff. Eine glänzende Rednergabe war dem Verstorbenen beschieden, dazu gesellen sich nicht nur artistische, sondern auch bedeutende juristische und volkswirtschaftliche Kenntnisse sowie die Beherrschung mehrerer Sprachen. Er war der geborene Führer der deutschen Artistenloge, der mit Umsicht und Geschick, aber auch mit eiserner Entschlossenheit ihre Geschicke zu lenken verstand. So oft er als Präsident der Internationalen Artistenloge zur Wahl stand, ging er als Sieger hervor. Es gab keinen ebenbürtigen Kandidaten. Durch den Tod Berol-Konorahs ist in der gewerkschaftlichen Führung der deutschen Artistenloge eine Lücke gerissen worden, die so leicht nicht wieder geschlossen werden kann. Die gesamte Artistenloge, die deutschen Gewerkschaften und die Sozialdemokratie werden das Andenken des mutigen und tüchtigen Kämpfers immer in Ehren halten.

Schüler gegen politische Verheerung.

Die Sozialistischen Schülergemeinschaften der Sozialistischen Arbeiterjugend protestierten in einer Kundgebung gegen die zunehmende politische Verheerung der Schuljugend, die von nationalsozialistischer und kommunistischer Seite betrieben wird.

Während Genosse Gerhard Bothur sich für eine sachliche Politisierung der Jugend einsetzte und zum gemeinsamen Kampf aller Jungproletarier, auch auf den Schulen, gegen die Reaktion aufrief, gab Genosse Dr. Otto Friedländer eine kurze Analyse der zur politischen radikalisierung neigenden Schichten. Es handelt sich bei den Radikalisierungsercheinungen der Schuljugend um Mittelstandsschichten, die, wenn sie sich nach links wenden, aus unpraktischem Intellektualismus Fanatiker einer Theorie sind, wenn sie nach rechts neigen, durch reaktionäre Verheerung des schon bestehenden Bildungsmonopols sich vor ihrer unaufhaltsamen Proletarisierung schützen wollen. Die Politisierung der Jugend kann zu einer begriffenswerten realistischen und sachlichen Haltung werden; Kampfmethoden aber, die die Existenz der Schule in Frage stellen, führen von wirklicher Politisierung hinweg.

Genosse Karzen brachte erschütternde Beispiele der Verlogenheit zur Kenntnis, mit der auf seiner Schule besonders die im „Sozialistischen Schülerbund“ organisierten Kommunisten jede sachliche Auseinandersetzung mit ihnen unmöglich machen. Verschiedentlich wurde festgestellt, daß Resolutionen mit Beschimpfungen von Behörden von oben herab fabriziert wurden. Verlogene anonyme Berichte erschienen in der Zeitschrift des „S. S. B.“, von denen selbst die eigenen Mitglieder abrückten, die nachträglich aber wieder zum Einrücken auf die „Parteilinie“ gezwungen wurden. Gegen die systematische Zerstückelungsarbeit, die mit der größten Aktivität gerade an den fortschrittlichsten Schulen betrieben wird, kann die Schule nicht anders als mit allen Rechtsmitteln vorgehen. Von der Verlogenheit als System aber müssen alle freisinnlich denkenden Schüler abrücken. Mit großem Beifall schloß die Kundgebung.

Der Brand im Erholungsheim Krummhübel.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin teilt folgendes mit:

Am Sonntag, dem 23. d. M., entstand im Erholungsheim in Krummhübel, das zur Zeit umgebaut wird, ein Brand, der aber glücklicherweise nicht bedeutend war. Das im Innern aufgestellte größere Gerüst einer Baustreife geriet in Brand, ebenso ein Teil lagernder Hölzer und einige Fenster. Infolge der entstandenen starken Verqualmung sah sich die Feuerwehr genötigt, das Dach in kleinerem Umfang einzuschlagen. Hierbei mag der Eindruck entstanden sein, daß das ganze Heim ausgebrannt ist. Der Gesamtschaden beträgt nach vorläufiger Schätzung 6000 bis 8000 M. und ist durch Versicherung voll gedeckt. Die Wiedereröffnung des Erholungsheims wird durch den Brand nicht um einen Tag verzögert werden.

„Europa und die Welt.“ Am kommenden Sonnabend, dem 29. März, 19 1/2 Uhr, spricht im Rahmen der Beiträge der Freien Sozialistischen Hochschule im Plenarsaal des ehem. Herrenhauses, Leipziger Straße 3, Maximilian Woytinsky über das Thema „Europa und die Welt“. Karten zum Preise von 50 Pf. (einschl. Garderobe) sind bei den bekannten Verkaufsstellen und bei der Buchhandlung T. H. W. Diez Nachf., Lindenstraße 2, und an der Abendkasse zu haben.

Der Entwurf eines Selbstverwaltungsgesetzes für die Hauptstadt Berlin, der zurzeit dem Preussischen Staatsrat zur Beratung vorliegt, kann zum Preise von 2,50 M. vom Büro des Staatsrats, Berlin W. 8, Leipziger Straße 3, bezogen werden.

Ueber das Kafelenproblem und die Weltkommunisten hält Genosse Felix Vinko in der Humboldt-Hochschule, Dorandstrasse 12, eine Vortragsreihe von drei Doppelstunden, die am Donnerstag, dem 3. April, 20 Uhr, beginnt.

Industriehoffnungen im Osten.

Die Bedeutung des deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrags.

Das deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen sagt nunmehr auch im Wortlaut vor, so daß eine Beurteilung dieses wichtigen politischen und wirtschaftlichen Vertragswerkes auch in seinen Einzelheiten möglich ist. Das Abkommen ist in seinen wesentlichen Punkten auf dem Prinzip der Reziprozität aufgebaut, das nicht nur für den eigentlichen Warenverkehr, sondern auch für die umstrittenen Fragen des Niederlassungsrechts, des Durchfuhrverkehrs und handels sowie des Schiffsverkehrs Anwendung findet. Damit sind wichtige Grundvoraussetzungen für die Wiederherstellung normaler politischer und wirtschaftlicher Beziehungen der beiden Länder geschaffen worden. Für den Warenverkehr sind in dem

„Keinen Handelsvertrag“ keine Tarifabreden

getroffen, sondern nur wechselseitig die Reziprozität, sowie auf einigen Gebieten Kontingente eingeräumt. Der deutsch-polnische Handelsvertrag unterscheidet sich in dieser Hinsicht von den meisten deutschen Handelsverträgen, insbesondere vom deutsch-französischen Handelsvertrag, in dem umfassende Zollermäßigungen und Zollbindungen auf beiden Seiten vorgenommen wurden. Die deutsche Exportindustrie hatte an sich ursprünglich das härteste Interesse an einem Tarifabkommen, schon in Anbetracht des außerordentlich hohen Niveaus der polnischen Zölle für industrielle Waren. TarifkonzeSSIONen auf industriellem Gebiet hätte jedoch Polen nur zugestimmt, wenn man als Gegenleistung auch deutscherseits Zollabschlüsse für die hauptsächlichsten polnischen Agrarprodukte, d. h. für Weizen, Getreide, Holz eingeräumt hätte. Da man hierzu angesichts der Zustände der deutschen agrarischen Kreise nicht verfahren konnte, mußte das Ziel eines umfassenden Tarifabkommens aufgegeben werden.

Schwein, Kohlen, Eisen, Holz.

Polen ist heute noch fast ausschließlich ein Exportland für agrarische Erzeugnisse sowie für industrielle Roh- und Wertstoffe, also vor allem für Weizen, Getreide, ferner für Kohle, Wolle und Seide. Deutschland ist in erster Linie am Export industrieller Fertigwaren, in den letzten Jahren in immer stärkerem Maße an Produktionsmitteln interessiert, für die das Nachbarland mit seinen nahezu 30 Mill. Einwohnern, das heute erst allmählich seine Produktionskräfte ausbaut, ein ausgedehntes Absatzgebiet bildet. Dieser gegenseitigen Abhängigkeit ist nun in dem vorliegenden Wirtschaftsabkommen Rechnung getragen.

Polen ist ein Jahreskontingent in Höhe von 300 000 lebenden oder geschlachten Schweinen zugebilligt, das sich innerhalb von 2 1/2 Jahren auf 350 000 Schweine erhöht, ferner eine Kohlenlieferung in Höhe von 325 000 Tonnen pro Monat. In prinzipiellen Verhandlungen zwischen der deutschen und der polnischen Eisenindustrie, die schon vor mehr als einem Jahr ihren Abschluß fanden, ist der polnischen Eisenindustrie ein Belieferungsanteil in Höhe von 1/3 Proz. des deutschen Gesamtverbrauchs an Walzwaren eingeräumt, die von den deutschen Verbänden übernommen werden. Dieses Abkommen tritt nunmehr in Kraft. Für Polen ist ferner von Wichtigkeit, daß die deutschen Kampfzölle in Bezug auf Getreide und Holzexport nicht mehr wie bisher Kontingentsbeschränkungen unterliegen.

Möglichkeiten zur deutschen Exportsteigerung.

Die Aufhebung der von Polen durchgeführten Zollkriegsmaßnahmen bedeuten für den deutschen industriellen Export eine wesentliche Erleichterung. Polen hat die deutsche Einfuhr durch eine große Zahl gegen Deutschland gerichteter Einfuhrverbote erschwert, die nunmehr automatisch in Kraft treten.

Deutschland gelangt ferner bei Inkrafttreten des Handelsvertrages in den Besitz der niedrigeren Vertragszölle, die Polen in Handelsverträgen anderen Ländern eingeräumt hat. In diesen früheren Handelsverträgen, insbesondere mit Frankreich, der Tschechoslowakei und Ungarn, hat Polen für eine große Anzahl von Warengruppen den Vertragsländern Zollermäßigungen eingeräumt. Für den deutschen Export sind hiervon besonders wichtig die Zollermäßigungen für Baumwoll-, Wollwaren und Kleiderkonfektion, die 10 bis 30 Proz. der autonomen Sätze betragen, ferner die Zollabschlüsse für Eisen- und Stahlwaren, Möbel, Lederwaren, keramische Erzeugnisse usw. sowie für einige Maschinenarten.

Nun besteht in Polen noch immer ein äußerst vielfältiges allgemeines System von Einfuhrverboten, das nicht nur Luxusgüter und Luxusgegenstände, sondern auch nicht unbedeutende Gruppen von Massenwaren umfaßt. Für diese Waren sind nun der deutschen Industrie in einzelnen festgelegten Kontingente zugestanden worden, so — um nur die wichtigsten zu nennen — für feine Gewebe, Wirkwaren, Hüte, ferner Porzellan und Glaswaren, für Kraftwagen, Musikinstrumente und Spielzeug, die immerhin in beträchtlichem Ausmaß auch diesen Ausführindustrien den Weg auf dem polnischen Markt ermöglichen.

Sehr wichtig ist die im Handelsvertrag festgelegte Verpflichtung Polens, für alle Maschinen und Apparate, die in Polen nicht selbst hergestellt werden, die von der polnischen Regierung üblicherweise zugewilligten Zollermäßigungen zu gewähren.

Die Verlustbilanz des Zollkrieges.

Es läßt sich natürlich nicht zahlenmäßig voraussetzen, in welchem Ausmaß der deutsche Export nach Polen sich durch den Handelsvertrag erhöhen wird. Die deutsche Industrie, insbesondere die Wirtschaft des Ostens, hat durch nahezu fünf Jahre andauernden Zollkrieges wertvolles Terrain auf dem polnischen Markt verloren.

Die Ausfuhr nach Polen betrug im Jahre 1929 556 Mill. Mark gegen rund 400 Mill. Mark im Zeitraum Juli 1924 bis 1925, den letzten vier Quartalen vor Ausbruch des Zollkrieges. Vor dem Zollkrieg war Deutschland an der gesamten Einfuhr Polens mit mehr als ein Drittel beteiligt. In den beiden letzten Jahren betrug der deutsche Belieferungsanteil dagegen nur 27 Proz.

Ganz besonders schwer sind von dem Zollkrieg die Konsumgüterindustrien, insbesondere das Textil- und Bekleidungs-gewerbe betroffen worden, dessen früher bedeutender Export auf ein Minimum zusammenschrumpfte. Nicht annähernd so stark waren die Exportverluste der deutschen Produktionsmittelindustrien, deren Weg nach Polen infolge der zunehmenden Industrialisierung des Landes sich einigermaßen halten, teilweise sogar absolut erhöhen konnte. Der deutsche Belieferungsanteil ist jedoch auch hier zurückgegangen. So war z. B. die deutsche Maschinenindustrie vor Ausbruch des Zollkrieges zu annähernd 60 Proz. an der Belieferung Polens mit ausländischen Maschinen beteiligt. Dieser Anteil ist durch den Zollkrieg vor allem zugunsten Englands auf etwa 50 Proz. zurückgegangen. Nach einer Schätzung des BDRV. lassen sich die Exportverluste des deutschen Maschinenbaus während der ganzen Dauer des Zollkrieges auf insgesamt nahezu 100 Mill. Mark bemessen.

Die schwereren Auswirkungen des Zollkrieges auf die deutsche

Ausfuhr können vielleicht noch durch einen anderen Zahlenvergleich verdeutlicht werden: In dem letzten Jahres hat sich der deutsche Gesamtexport um fast 30 Proz. erhöht. Der Export nach dem westlichen Nachbarland, nach Frankreich, ist im gleichen Zeitraum um mehr als 400 Millionen gestiegen, nach der Tschechoslowakei, dem südöstlichen Nachbarland, mit einer Bevölkerung, die etwa ein halb mal so groß wie die Polens ist, um 300 Mill. Mark, der Export nach den skandinavischen Märkten, die auch nur etwa ein halb so große Bevölkerung umfassen wie Polen, um 400 Mill. Mark. Dagegen ist die Ausfuhr nach Polen im gleichen Zeitraum um etwa 50 Mill. gesunken! Die Ausfuhr nach Polen betrug vor Ausbruch des Zollkrieges etwa 5 Proz. des deutschen Gesamtexports und beträgt heute weniger als 3 Proz. des Gesamtexports.

Es sind also beträchtliche Einbußen wieder gut zu machen, zahlreiche verlorene Geschäftsbeziehungen wieder anzuknüpfen. Diese Aufbaubarbeit wird sich nicht leicht gestalten, weil Polen unter dem

Der neue Reichshaushalt 1930.

Reichsschuldendienst und Kriegslasten am stärksten erhöht.

Die Ausgaben des Etats für 1930 (ordentlicher und außerordentlicher Haushalt) ergeben folgendes Gesamtbild:

	1930	1929 gegen 1929 einschl. Nachtrag in 1000 Mark
Reichspräsident	640	+ 12
Reichstag	8 234	+ 185
Reichskanzlei	2 557	+ 455
Auswärtiges Amt	63 273	+ 2 267
Innenministerium	48 448	+ 3 927
Bestehte Gebiete	18 013	+ 7 679
Wirtschaftsministerium	30 442	+ 3 481
Reichswirtschaftsrat	777	+ 15
Arbeitsministerium	1 232 471	+ 118 286
Wehrministerium	715 937	+ 40 410
Justizministerium	15 639	+ 1 033
Ernährungsministerium	66 806	+ 35 783
Verkehrsministerium	237 651	+ 25 384
Berater und Ruhegehälter	1 761 637	+ 17 068
Rechnungshof u. Reichsparlamentarier	3 302	+ 199
Reichsschuld	991 948	+ 483 848
Finanzministerium	542 851	+ 29 883
WGA-Verwaltung (abzüglich der Ueberweisungen an die Länder)	259 463	+ 62 086
Kriegslasten	2 209 308	+ 409 202

Diese Zahlen sind rohe Ausgabenzahlen und stellen nicht den Zuschußbedarf der einzelnen Staatsorgane dar. Ueber besonders bedeutsame Veränderungen auf der Ausgaben Seite des Reichshaushalts sei folgendes mitgeteilt:

Die auffallende Ausgabenverminderung des Reichsarbeitsministeriums

um 148 Millionen erklärt sich daraus, daß nach dem Finanzprogramm der Reichsregierung einmündigen die Reichszuschüsse an die Arbeitslosenversicherung im Jahre 1930 mit bis zur Höhe von 150 Millionen in den Haushalt eingestellt sind. Im Etat 1929 (einschl. Nachtrag) waren für diese Zwecke Ausgabenansätze in Höhe von 372,3 Millionen enthalten. Allein aus dieser Verminderung erklärt sich bereits die Senkung der Gesamtausgaben. Im Etat des Reichsarbeitsministeriums für 1930 sind die Zahlungen des Reichs für Zwecke der Invalidenversicherung aus Hilfsmitteln um 30 Millionen vermindert. Dafür soll die Zahlung dieser Mittel bis zum Jahre 1940 verlängert werden. Außerdem ist im Etat eine Verminderung der Zahlungen für Familienwochenhilfe von 32 auf 15 Millionen enthalten, die aber dank des Widerstandes der Sozialdemokratie nicht Wirklichkeit werden wird.

Diese Verminderungen stehen Erhöhungen gegenüber, die die Reichszuschüsse zur Invalidenversicherung um 12 Millionen auf 219 Millionen, die Ausgaben für die werkschaffende Arbeitslosenversicherung von 21 auf 55 Millionen steigern. Dazu sind in den Etat 55 Millionen neu zur Bildung eines Rotationsfonds der Arbeitslosenversicherung eingestellt.

Von der Mehraufstellung im Reichswehretat

von rund 40 Millionen entfallen rund 25 Millionen auf den Etat des Heeres, 15 Millionen auf den Etat der Marine. Von den Erhöhungen nimmt das Heer 1,9 Millionen Mark für Besoldung, 10,5 Millionen Mark für Wiederanforderung von im Haushalt 1929 vorgenommenen, „nur einmal ertragsfähigen Abstrichen“, 7,2 Millionen Mark für Preissteigerungen und 2,3 Millionen für angebliche Erhöhung der Arbeiterlohnrate in Anspruch. Im Etat der Reichsmarine wird die Erhöhung der Ausgaben fast ausschließlich durch Mehrbedarf bei den einmaligen Ausgaben herbeigeführt. Hier werden für Schiffsbauten und Armierungen 5 Millionen, für Rationalisierung der Werft Wilhelmshafen und des Arsenalts Kiel um 3,7 Millionen, zur Verbesserung und Beroollständigung der Verteidigungsmittel und zur Förderung der Wasserausbildung 4,7 Millionen Mark mehr angefordert.

Die Erhöhung der Ausgaben des Reichsernährungsministeriums

um 35,7 Millionen bedeutet fast eine Verdoppelung dieses Etats. Die Mehranforderungen entstehen aus einer geringfügigen Erhöhung der fortwährenden Ausgaben. Bei den einmaligen Ausgaben erstrecken sich die Mehrforderungen auf

	1929	1930	1930 mehr
in 1000 Mark			
Landwirtschaftliche Betriebsumstellung und Abfahrförderung	13 000	18 500	5 500
Zinsverbilligung für landwirtschaftl. Boden- verbesserungen	—	2 000	2 000
Förderung des Weinbaus	1 250	2 127	877
Kredite und Beihilfen an die Treib- beringungsindustrie	500	750	250
Förderung der Bewegung der Getreideern- te Reichsbeteiligung an der Deutschen Boden- kultur u. G.	3 750	7 500	3 750
Stiftung der Schlachtwiehmärkte	—	16 000	16 000
Darlehen zur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung	—	6 000	6 000
	—	1 500	1 500

Schutz des Zollkrieges eine Reihe eigener Erzeugnisse aufbauen konnte, die heute durch hohe Zölle den Binnenmarkt zu einem erheblichen Teil reserviert haben und weil ferner das Ausland seine Exportorganisation nach Polen wesentlich ausgebaut hat. Dazu kommt noch, daß die gegenwärtige Wirtschaftslage in Polen außerordentlich schlecht ist und die Kreditunfähigkeit ein selbst für polnische Verhältnisse ungewöhnliches Ausmaß angenommen hat. Trotz dieser Ermächtigungen und trotz der ungünstigen Konjunkturlage Polens ist mit ziemlicher Sicherheit damit zu rechnen, daß der deutsche Export nach Polen auch schon jetzt eine wesentliche Ausdehnung erfahren wird.

Die politische Reaktion auf beiden Seiten hat bis zum letzten Moment die wirtschaftliche Verständigung mit Polen zu sabotieren versucht. Auch jetzt noch gibt die Hege der Rechten und der Großagrarier mit allen Mitteln der Demagogie und der Beredung weiter. Die Sozialdemokratie hat seit Jahren für die politische und wirtschaftliche Verständigung der beiden Nachbarländer gekämpft. Die Beilegung des Zollkrieges durch den jetzigen kleinen Handelsvertrag wird, wenn auch gewisse zunächst unangenehme Konsequenzen gemacht werden mußten, für die Wirtschaft beider Länder und damit auch für die Arbeiterklasse von Nutzen sein.

Die Mehrausgaben im Etat des Reichsverkehrsministeriums sind in Höhe von 17 Millionen auf erhöhten Ausgabebedarf bei den Kanalbauten (im außerordentlichen Haushalt) zurückzuführen. Im ordentlichen Haushalt werden für die Wasserstraßen rund 3 1/2 Millionen, zur Tilgung von Darlehen der Deutschen Luftfahrt u. G. 2 Millionen mehr angefordert als 1929.

Die Steigerung der Ausgaben des Reichsschuldendienstes erklärt sich aus der Einsetzung eines Tilgungsfonds für die schwebende Schuld des Reichs in Höhe von 450 Millionen. Die Einsetzung beruht auf dem bekannten Beschluß des Reichstages vom Ende Dezember 1929.

Von den Ausgabeerhöhungen im Etat des Reichsfinanzministeriums sind 7 1/2 Millionen auf einen Mehrbedarf der Landesfinanzämter zurückzuführen. Rund 4 Millionen entfallen auf Neubauten, 18 Millionen Mehrbedarf sollen dem Erwerb junger Aktien aus der Kapitalerhöhung der Dachgesellschaft der Reichsunternehmungen, der Bieg, dienen. Am Etat der Allgemeinen Finanzverwaltung, der zwar 62 Millionen niedriger ist als 1929 werden 13 Millionen für die Abrechnung der Entschädigungs- und Aufwertungsansprüche der Länder an das Reich, 2 Millionen auf Restansprüchen an Reichsbeamte, 5 Millionen auf Zuschüsse zur Erhaltung und Förderung des deutschen Labakbaues mehr gefordert.

Die starke Erhöhung der Ausgaben des Kriegslastenetats erklärt sich zum Teil daraus, daß in die aus dem Reichshaushalt nach dem neuen Plan zu leistenden Reparationszahlungen auch die Reparationssteuer der Deutschen Reichsbahn mit einem Mehrbetrag von 275 Millionen aufgenommen ist, die dem Kriegslastenetat auf der Einnahmeseite wieder zuzieht. Für Entschädigungszahlungen werden 1930 35 Millionen, für Beihilfen an die für Waffenerstellung für Heer und Marine zugelassenen Fabriken zu den Kosten der Betriebsumstellung 6 Millionen und für die Sonderumlage bei der Internationalen Bank 65 Millionen Mark mehr angefordert.

Unerfreuliche Reichsbankreforde.

72 Prozent ausgewiesene Notendeckung.

Daß ein niedriger Zinssatz der Reichsbank keine bunte Scheitseite in geringer Wirtschaftstätigkeit und großer Arbeitslosigkeit hat, freilich auch Hoffnungen auf eine Wiederbelebung der Wirtschaft in sich schließt, zeigt der Reichsbankausweis vom 22. März sehr deutlich, der noch vor der letzten Diskontermäßigung aufgestellt wurde. Die Reichsbank hat in der Tat gegenwärtig rekordmäßig wenig zu tun; die Wechselbestände, die immer das deutlichste Zeichen für die im Lande herrschende Wirtschaftstätigkeit sind, haben gegenüber der Vorwoche wieder einen Rückgang um 134,7 Millionen auf 1504,7 Millionen Mark und damit einen Tiefstand zu verzeichnen, der bei der Reichsbank in den letzten Jahren nicht erreicht wurde. Die Summe der Lombarddarlehen ging weiter um 12,7 Millionen auf 55,6 Millionen Mark zurück. Die trotz des bevorstehenden Quartalsendes noch immer enorme Flüssigkeit des Geldmarktes zeigt sich in der Zunahme der unverzinsten fremden Gelder auf Girokonten um 134,6 Millionen auf 593,1 Millionen Mark.

Der Notenumlauf der Reichsbank hat sich um 156,9 Millionen auf 4109,2 Millionen Mark verringert. Auf der anderen Seite sind in der Woche vor der letzten Diskontsenkung die Gold- und Devisenbestände noch sehr stark gestiegen; die Goldbestände vermehrten sich um 11,3 Millionen auf 2491,8 Millionen und die Bestände an bedienungsfähigen Devisen sogar um 38,7 Millionen auf 450,6 Millionen Mark. Die Notendeckung zeigt einen während der letzten Jahre noch nie erreichten hohen Stand; durch Gold allein sind jetzt die umlaufenden Noten mit 60,6 Proz. und durch Gold und Devisen zusammen mit 71,6 Proz. gedeckt. Das sind fast 80 Proz. mehr als die gesetzliche Vorschrift von 40 Proz.

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß diese hohe Deckung des Notenumlaufs das Gute hat, daß bei verstärkter Kreditnachfrage, die hoffentlich im Zusammenhang mit der Wirtschaftsbelebung auch bei der Reichsbank bald eintritt, die Festhaltung eines fünfprozentigen Reichsbankdiskonts auch auf längere Zeit sich ermöglichen lassen wird, was natürlich einem neuen Wirtschaftsaufstieg dann sehr großen Nutzen bringen wird, wenn es gelingt, auch den allgemeinen Kapitalzins für die Weitergabe längerfristiger Kredite herabzudrücken, wofür sich jetzt einige Hoffnungen ergeben.



Wirkt
vorbeugend!

Fachinger Versandstelle, Berlin SW II
Schöneberger Str. 106. Tel. Lützow 8266-61.

Alfredo Panzini: Grillen im Kopf

Der Herr Generaldirektor Cros, ein namhafter Finanzmann und Besitzer hoher und höchster Auszeichnungen, schickte diesmal niemand anderen als sich selbst.

Gewöhnlich pflegte er einen seiner Dolmetscher zu schicken, welche umsonst bei ihm arbeiteten, um „das Handwerk zu erlernen“. Aber diesmal ging er selbst oder erhob sich vielmehr zum Flug, wie ein Geier, der sich auf seine Beute stürzt.

Denn da unten, im südlichen Italien, gab es einen Kadaver, und der Herr Generaldirektor Cros, der vermöge seines scharfen Sinnes, den er die Ehre hatte zu besitzen, jenen Kadaver gewittert hatte, war mittels Sprengzug abgereist.

Wenn jemand schon den Kadaver verzehrte, dann sollte dieser eine der Herr Generaldirektor Cros sein und kein anderer.

Folgendes war geschehen:

Unten, in einer der südlichsten Provinzen Italiens, hatte man vor einiger Zeit eine Konfervenfabrik errichtet.

Denn Italien, was hat es? Es hat nichts. Aber es hat die Sonne! Schon Dante sagt: „Ecco il raggio di sol che si fa vino.“ Die Sonne ausnützen, d. h. Gemüse in Dosen verpacken und sie verschicken; Most und Traubensaft bereiten und sie nach Amerika senden, wo sie das „dry system“ eingeführt haben; Tomaten in Gefäße füllen und sie nach Deutschland schicken, wo sie eine große Vorliebe dafür haben; oder Früchte für den Export herstellen, wie sie es in Kalifornien tun (aber nicht nur die trockenen Früchte, die wie Leder schmecken), das war alles durchaus keine schlechte Idee! Aber es genügt nicht allein, den guten Willen zu haben, man braucht auch dazu Kellere, tüchtige Fachleute, gute Organisation, alles Dinge, die sie dort unten, im südlichen Italien, erst lernen müssen.

Die Banken hatten den Kredit eingestellt. Der Konkurs stand vor der Tür.

Der Herr Generaldirektor Cros hatte, unterstützt von einigen anderen Fachleuten, den Vorschlag gemacht, die Sache zu übernehmen. Mit ein paar Millionen konnte man statt zwanzig Millionen verdienen. Aber als er unterwegs im Hotel überlegte, ei, was war das? Was war denn mit ihm geschehen? War es die Zentralheizung? Er öffnete das Fenster, aber es wird nur schlimmer. Schließlich legt er sich nieder, aber er kann nicht einschlafen. Er dreht das Licht auf, dreht es wieder ab; es wird immer ärger. Der Bärm auf der Straße hatte ihn verwirrt; jetzt ist es still. Aber es ist ihm noch nicht besser. Was, zum Teufel, ging in seinem Kopf vor?

Sagte sein Gehirn Konkurs an? Was wußte er, Generaldirektor Cros, vom Gehirn? Höchstens, daß er manchmal zum Gabelspitzen Hirn mit Ei und gekochter Butter gegessen hatte, und daß ein zarter Kalbskopf mit Pfeffergurken und Artischocken in Öl ein vorzügliches Gericht ist. Aber außer diesen kulinarischen Angelegenheiten wußte er vom Kopf und Gehirn herzlich wenig.

Um die Wahrheit zu sagen: schon einige Zeit vor seiner Abreise hatte er ein merkwürdiges Geräusch im Ohr vernommen, ein säkliches Hämmern wie das Ticken eines Horloapparats, wie eine gesprungene Uhrfeder, die krillt macht.

Aber er hatte ein Stückchen Watte in die Ohren gestopft und nicht mehr daran gedacht.

Jetzt im Hotel war das Hämmern ein Räten geworden, wie das einer Kirchturmlode, die Feuer, Feuer rindet; und zugleich lächelte er sich geschaukelt, wie wenn er sich in einem Schiff befände, das vom Sturm hinauf und hinunter geschleudert wird. Es schien ihm, als sei sein Kopf nicht mehr der eines ehrlichen Finanzmannes, sondern der eines beweglichen und leichtsinnigen Bozeten. Aber ärger als das alles war ein Gesumm und ein Gekwiff, das er ständig vernahm, als gipften in seinem Kopfe hunderte Grillen auf einem Feld in einer mondellen Augustnacht.

Unter solchen Umständen ist es unmöglich, weiter zu fahren und einen Kadaver zu verzehren: eher noch kann man in ein Irrenhaus kommen! Ihm fiel die Mittelohrentzündung ein, bei der man den Schädel mit einem Meißel öffnen muß; der Schlaganfall, bei dem ein Teil des Körpers gelähmt bleibt; die vollkommene Geistesverwirrung, durch die er selbst ein Kadaver werden konnte.

„Ich muß zu einem Arzte gehen“, sagte der Herr Generaldirektor Cros zu sich, „aber zu einem guten und gewissenhaften Arzte.“

Er erinnerte sich an den Doktor Quercia, der wie er aus Mantua war und dazu noch ein erfahrener Bergwanderer.

Man sagt allgemein, daß er ein hervorragender Gelehrter und ein Ehrenmann sei.

Im Grunde aber fürchtete er sich vor der Untersuchung. Die Ärzte verstehen alle nichts; höchstens, daß sie einem sagen, daß man hätte früher kommen sollen und daß es nun schon zu spät sei.

Zwischen dem Ja und Nein ergreift er zögerrnd, wie zum Versuch, das Telefon, das auf dem Nachttisch steht, aber dieses antwortet bereits: „Welche Nummer?“

Verdammt! Es klingen ihm, als sei es der Teufel selbst, der ihm so geantwortet habe.

Er entschließt sich also und löst sich für die nächste Sprechstunde vormerken.

Das Wartezimmer eines großen Arztes mit seinen unbeweglichen Patienten ist um vieles ärger als sein eigenes Wartezimmer, in dem jene Unglücklichen sitzen, die vom Herrn Generaldirektor Cros vergeblich Schonung erwarten.

„Sie kommen in die Ordination?“ fragt eine Art Studienmädchen, die in ihrem weißen Mantel wie eine Krankenschwester aussieht.

Sie nimmt ihm den Platz ab und führt ihn in ein kleines, abgegrenztes Kabinett.

Den Platz hat der Herr Generaldirektor sich vornehmen lassen, aber die Unentschieden nimmt er mit sich.

Eigentlich läßt ihn der Doktor recht lange warten! Inzwischen betrachtet er die seltsamen Dinge, die sich in diesem Zimmer befinden.

Da hängt auch an der Wand eine Karte, die, wie es ihm scheint, das Innere des menschlichen Kopfes darstellt. Sie sieht mehr wie eine Karte von Afrika aus! Und was für barbarische Namen! Cerebellum, Pons Varoli, Corpus callosum, Trigemini, Chiasma und noch andere seltsame Bezeichnungen!

„Ist es denn möglich“, sagte Cros zu sich, „daß ich auch solche Dummheiten in meinem Kopfe habe? Ich esse also alle diese verdächtigsten Namen mit, wenn ich Hirn mit Ei esse, und sie stören mich gar nicht, sondern schmecken mir sogar noch.“

Aber jetzt begannen sie ihm Furcht einzujagen.

Ganz unerwartet trat der Doktor herein.

Seit seiner Kindheit war der Herr Generaldirektor Cros nicht mehr in einer Kirche gewesen; aber der Doktor Quercia kam ihm wie ein Priester vor. Nicht wie einer von jenen stolzen und aufgelaufenen, sondern wie einer von jenen schlichten und demütigen, die für alle Sünden ein gütiges und verzeihendes Wort haben; denn für sie sind alle, der Armut und der Reichtum, nur Unglückliche, die leiden.

„Ah! Sie sind Herr Cros aus Mantua!“ sagte der Doktor, „erzählen Sie mir, was Sie für Beschwerden haben!“

„Teufel! Ich muß Grillen im Kopf haben! Ich, ein Mann, der nur an seine Geschäfte denkt, habe Grillen im Kopf! Es kommt einem fast kindisch vor. Was kann es nur sein?“

„Wir wollen sehen. Ziehen Sie sich bitte ganz aus.“

„Ich soll mich ganz ausziehen?“

„Ja.“

Die Krankenschwester trat herein.

„Ich soll mich nackt ausziehen?“

„Ja, ich werde Ihnen helfen“, erwiderte die Schwester.

Wie stillschweigend war der Herr Generaldirektor Cros in seinem Platz und wie häßlich war er jetzt!

Da lag er nun ausgestreckt auf einem weißen Bett; aber es war nicht das elegante Bett des Hotels! Es war ein Schredensbett, das des Arztes.

„Nun wollen wir sehen“, ob wir die Ursache finden können.“ Es schien ihm, als wäre er nur noch ein Gegenstand in der Hand des Arztes.

Dieser hatte vor sich auf dem Tisch allerlei geheimnisvolle Apparate liegen.

Er sticht, er klopft, er hämmert auf dem Herrn Generaldirektor Cros, doch dieser gar nicht mehr recht weiß, ob er noch am Leben ist oder nicht. Er hält ihm seine unheimlichen Instrumente an den Kopf, an die Ohren. Er leuchtet ihm in den Mund, er prüft ihn mit einer Stimmgabel, als sei er nicht der Herr Generaldirektor, sondern ein zu stimmendes Klavier.

Endlich, nach einer halbständigen Untersuchung, sagt der Doktor: „Alle Organe gesund. Blutdruck normal. Aber eine starke Anämie ist vorhanden. Die Beschwerden sind nur nervöser Natur und werden wieder vergehen. Aber, lieber Freund, Sie arbeiten zu viel, essen zu viel, trinken zu viel, rauchen zu viel.“

Dem Herrn Generaldirektor Cros fährt es durch den Kopf. „Aber es ist so schön, Kadaver zu verzehren.“

Schließlich sagt der Doktor: „Hier sind einige Postillen für die Nacht. Sie kosten nichts.“ Und er gibt ihm ein Päckchen.

Lydia Szejfollins: Pawluschkas Laufbahn

„Ach, was für ein Frost! Wie klein du dich auch machst — bringst er doch bis in die Knochen. Was du dir da angezogen hast, ist schon ganz schlecht. Mutters Saft ist schon voller Löcher. Der magere Hals liegt ganz frei und ist von der Kälte schon blaurot geworden, die Füße frieren aus den Schuhen. Nicht erfroren sind nur die großen, vor Schmerz stumpf gewordenen Augen, die hilflos auf das weiße Bahnhofsgelände blicken. Eine Menge Menschen läuft da hin und her, aber keiner ist zu sehen, mit dem man anbinden könnte. In der lüftenden, geschäftig hin und her eilenden Menge bleibt die kleine Gestalt ganz einsam.“

Ist er angekommen? Oder noch nicht?

Blitzen ist ja groß. Er war in Tscheljabinsk ausgeflogen, in Dmjt herumgeschlendert. Aber es ging nie gut aus. Am ärgsten war's, daß nirgends Platz war, und Pawluschka war schüchtern. In Tscheljabinsk, neben dem Volksauffklärungsamt, hatten ihn die Suben verprügelt, ihm das Versteck, das er sich erschaffen hatte, weggenommen. So ging er wieder zur Bahn.

Er fuhr im Waggon, er fuhr auf der Plattform, fuhr auch im Abort (die Luft ist ja schwer, aber doch — warm), er fuhr auch in einer Kiste unter dem Waggon. In Dmjt bekam er eine Tracht Prügel. Ja, aber da hatte er sie einermachen verdient — er hatte einer Frau aus dem Gepäck Kuchen gestohlen. Und dabei sollte sie so freundlich zu sein, immer hatte sie an ihn Proben gestellt, während er sich um sie herumtrieb.

„Wohin fährst du? Wo bist du geboren?“

Und mittelmäßig tat sie:

„Du“, sagte sie, „geh zum Volksauffklärungsamt, zur Kinderfürsorge. Sie sind dort verpflichtet... Wie kann man denn?... Zerlumpt, hungrig...“

„Kein Platz“, jammerte Pawluschka.

Sie begann zu essen. Sie wandte sich um, und Pawluschka schnappte einen Kuchen aus dem Korb.

Sie bemerkte es. „Ach, wie sie zu schreien begann! Na, und so gab es Prügel. Also — mußte er weiterfahren.“

„War er jetzt angekommen? Immer noch nicht?“

Pawluschka steht auf dem Bahnsteig. Man stößt ihn — er drückt sich zur Seite. Läuft eine Weile, bleibt dann wieder stehen. „Ach, möchte er essen! Western hat er gegessen. Man hat ihm Almosen gegeben. Zu stehen fürchtet er sich: man prügelt schrecklich, und die Knochen tun einem ohnehin schon weh genug.“

Der Frost peiniget. Die Augen sind nicht erfroren, sie weinen. Die Kälte treibt die Tränen heraus, auch Schüttelfrost setzt ein. Man muß in die Stadt.

Wen könnte man nach dem Weg fragen?

Der da scheint nicht böse zu sein. Hat auch ein gestülptes Zeug am Leib.

„Onkelchen, wie komme ich in die Stadt?“

„Was wußt du in der Stadt? Was hast du dort verloren? Solche wie dich gibt's auch so genug.“

Von oben herab blicken den sich Kleinmachenden Jungen lachende Augen an. Ein bißchen ermuntert, beginnt Pawluschka in gehobener Weise zu lügen:

„Einen Bruder habe ich da. Er ist Geschäftsbetrier hier.“

„Sie kosten nichts?“

„Nein, ich schenke Sie Ihnen.“

Aber der Herr Generaldirektor Cros will sich nichts schenken lassen. Er hat niemals etwas geschenkt. Er kennt das Wort „schenken“ nicht.

„Und die Unternehmung?“

„Nichts...“ Und er weigert sich, etwas anzunehmen. „Ich freue mich, jemand aus meiner Heimat, aus Mantua, gesprochen zu haben. Es war mir eine Freude, Ihnen diesen Dienst zu leisten. Warum wollen Sie mich dieser Freude berauben?“

Niemand bisher hatte es der Herr Generaldirektor Cros erlaubt, daß sich jemand nicht bezahlen ließ, und seine Bewunderung über dieses Ereignis war so groß, daß sich die Grillen in seinem Kopf nicht so deutlich fühlbar machten.

Das Schlafmittel, das ihm der Doktor gegeben hatte, brachte ihm einen tiefen Schlaf, und am nächsten Morgen schienen ihm die Grillen um vieles beruhigter zu sein. Und da der Herr Generaldirektor Cros nun die Gewißheit hatte, daß eine weitere Verschlimmerung nicht zu befürchten war, legte er seine Reise fort.

Als er unten im südlichen Italien angelangt war, stellte sich ihm im Namen der Fabrik, die in Konkurs geraten war, ein Mann namens Bassolina vor. Er war ein sehr erfahrener, sehr ruhiger, sehr würdiger Mann und legte mit einer Offenheit, die dem Herrn Generaldirektor Cros höchst seltsam vorkam, die Beweggründe dar, die ihn dazu veranlaßt hatten, das Unternehmen zu gründen: um nämlich die Landwirtschaft der Gegend zu heben und um den Arbeitlosen eine Beschäftigung zu geben.

Und er fügte hinzu:

„Aber aber sind wir hier wenig für solche Geschäfte geeignet. Jetzt, wo ich gelernt habe, hat mir der Reich meiner Wühler alle Kredit gesperrt. Ich habe dem Gericht mein gesamtes eigenes Vermögen, das meiner Kinder und das meiner Gattin zur Verfügung gestellt. Morgen werde ich arm sein, aber ich werde gehandelt haben, wie ich als Ehrenmann handeln mußte.“

Der Herr Generaldirektor Cros betrachtete Bassolina mit Bewunderung. Wenn jemand seinen finanziellen Zusammenbruch so selbstverständlich hinnimmt, muß er zumindest ein großer Dummkopf sein.

Die seltsamsten Grillen begannen sich in seinem Kopfe zu melden. Und wenn er nun, anstatt diesen Kadaver zu verzehren, sich bereit erklärte, ihm auf die Beine zu helfen und die Fortführung des Unternehmens zu ermöglichen?

Ihm fiel der Doktor Quercia ein, der ihn ganz umsonst behandelt hatte, weil es ihm eine Freude war, jemanden aus Mantua wiederzusehen.

Und einen Augenblick dachte der Herr Generaldirektor Cros ganz ernsthaft daran, diesem armen Teufel von einem Ehrenmann die Mittel zur Verfügung zu stellen, daß er den Betrieb wieder aufnehmen konnte.

Aber natürlich tat er es nicht. Er hätte sich ja durch diese Handlung vollkommen um seinen kommerziellen Ruf gebracht.

(Autorisierte Uebersetzung von A. S. Krenkel)

„Du läßt, Bürschlein! Wo ist der Geschäftsbetrier?“

„Na, in diesem... na, wie heißt's... in der Tscheta“, sagt er das nächste, ihm auf die Zunge kommende leichte Wort.

Der Onkel mit den Flicken am Leibe lacht:

„Schon, wie dumme du die das ausgeguckt hast! Lauf nur zu, du Lump... Irgendwo wirst du schon hingeraten. In die Tscheta, oder sonst wohin... Geh' hinter den Bahnhof...“

Er wies dem Jungen den Weg. Lachte dazu, aber in den Augen stand Mitleid.

„Ach, du Tscheta!... Verrecken wirst du, Späglein... Lauf nur... Da hast...“

Er nahm aus der Tasche ein Stück Brot und steckte es Pawluschka in die Hand. In der Faust hielt er das gestohrene Brot. Im Lauf bist er gierig ab. Also hier hatte er ein mitleidiges Herz getroffen.

Es dunkelt. Von der Stadt ist nichts Schöneres zu sehen. Viel Menschen.

„Onkelchen, gib etwas zu Brot!“

„Lantchen, zu einem Stück Brot!“

„Genosse, wo ist hier die Kinderfürsorge?“

Zu Brot würde nichts gegeben. Zu viele betteln. Die Kinderfürsorge war schon geschlossen. Er ging zur Hintertür. Ein Bauer in einem Schafpelz sagte:

„Komm morgen! Du siehst ja, daß schon Nacht ist. Treib' dich nicht im Hof herum. Wirst noch was mitgehn lassen...“

Wieder auf der Straße. Ein Automobil tuet... Summen. Särrn, Särrn... Deutlich klappern Pferdehufe über die gestohrene Straße. Viele Menschen. Heile Straßen.

„Onkelchen, gib etwas zu Brot.“

„Lantchen...“

„Genosse...“

Sie geben nichts.

Zu viel Jungen sind auf der Straße. Sie handeln.

„Zigaretten bester Qualität!“

Ach, wenn er handeln könnte! Auf dem Markt könnte er Krautuppe essen. Die Füße tragen ihn nicht mehr. Die Hauptsache ist, daß er schon milde ist. Offen will er gar nicht mehr.

Eich' mal, die Hände sind wie weiße Äder. Man muß zum Bahnhof. Dort übermachten. Aber die Füße tragen schlecht. Doch der Bahnhof ist nahe. Man könnte einen Augenblick ruhen. Wie ein dunkler Anäuel lauerte er sich vor einen Jaun.

Er wollte schlafen.

Sonderbar! Vater und Mutter sind da... Die sind doch gestorben... Schlaf ist süß.

Der dunkle Anäuel ist an den Jaun angefroren. Die Augen haben sich geschlossen, sie fragen nicht mehr.

Pawluschkas Laufbahn war beendet.

(Aus dem Russischen von Josef Reimer und Boris Kroll)

Die Sinnesorgane des Menschen haben ihren Sitz im Kopf. Bei den Tieren ist das keineswegs immer der Fall, obwohl die wichtigsten, wie Augen und Tastorgane, sich meist am Kopf befinden. Bei der Heuschrecke aber sind zum Beispiel die Gehörsorgane an den Vorderbeinen zu finden.

Statistik der Millionäre. In den Vereinigten Staaten gab es im Jahre 1914 7000 Millionäre; jetzt beträgt ihre Zahl fast 40000.

